

## Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 15. Januar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Kolonien- oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Siebengeltung und Schlusszeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Parteigenossen!

Von den verschiedensten Seiten wird uns berichtet, daß die Gegner für den 25. Januar den Schleppeidienst in der umfanglichsten Weise organisieren und damit hoffen, uns eine Anzahl Wahlkreise zu entreißen. Auch ein Teil der Behörden scheint hinter dieser Maßnahme zu stehen.

Wir machen Euch auf dieses Vorgehen aufmerksam und fordern Euch auf, die entsprechenden Gegenmaßnahmen unverzüglich zu treffen, mehr noch als früher. Verlangt Abschrift der Wählerlisten, soweit es noch nicht geschehen ist — auf die Kosten darf es nicht ankommen — und organisiert die Heranholung der Gleichgültigen und Säumigen. Nur keine Einlassung, als hätten wir den Sieg in der Tasche. Auch in den sichersten Wahlkreisen müssen wir so kämpfen, als hätten wir dieselben erst zu erobern. Vor allen Dingen müssen wir eine große Stimmenzahl auf unsere Kandidaten vereinigen.

Wer von Euch am Wahltag die Arbeit niederlegen kann, der tue es und stelle sich rechtzeitig dem Wahlkomitee für die Arbeit am Wahltag zur Verfügung.

Aber am Mittag des Wahltages verläßt die Werkstätten, die Fabriken, die Bauten und alle Orte, wo Ihr tätig seid, und marschirt in Massen an die Wahlurnen. Verständigt Euch darüber mit den Unternehmern.

Stellt Euch allesamt von der Mittagsstunde ab den Wahlkomitees für die Wahlarbeit zur Verfügung. Der 25. Januar muß ein Wahltag werden, wie das Reich noch keinen hatte. Die Gegner setzen alles daran, um unsere Erfolge zu verkleinern.

Vertreter der Aristokratie und Bankokratie erlassen Aufrufe zu Geldsammlungen, um uns, die verhaßte Sozialdemokratie, zu bekämpfen. Die Großindustriellen verpflichten sich, nach der Kopfzahl der bei ihnen beschäftigten Arbeiter an die Wahlklassen Gelder abzuliefern. Die Furcht vor uns zwingt sie zur „Opferwilligkeit“.

Der Direktor des Kolonialamts, Herr Dernburg, trägt das Sturmfähnlein voran und hält eine Agitationsrede nach der andern, in denen er Phantasiegemälde von den angeblichen Möglichkeiten in den deutschen Kolonien entwirft, daß allen Sachkennern die Haare zu Berge stehen. Seine Reden lesen sich wie Prospekte, die Leichtgläubige zu gewagten Gründungen heranlocken sollen.

Parteigenossen! Als Herr Dernburg noch Direktor der Darmstädter Bank und Direktions- und Aufsichtsratsmitglied in zahlreichen andern Bank- und Industrieunternehmungen war, waren die deutschen Kolonien ihm Helub a. Damals hat er sich nicht um sie bekümmert und er hat wohl keine einzige der von ihm und seinen Freunden kommandierten Millionen für die Kolonien riskiert.

Seitdem er aber Kolonialdirektor geworden ist, ist die Erleuchtung über ihn gekommen. Bei ihm heißt es nicht nur: wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand, sondern dem gibt er auch die nötige Phantasie, um selbst die Märchen aus Tausend und einer Nacht zu übertrumpfen.

Als das jüdische Volk, wie die Sage erzählt, Ägypten verließ und in der Wüste wanderte und Gefahr lief, zu verdursten, schlug Moses an einen Felsen, woraus eine Quelle sprang und Menschen und Vieh rettete. Das war ein Wunder. Als die Deutschen nach Südwest-Afrika zogen, um zu kolonisieren, entdeckten sie, daß es keinen Baum dort gab, dessen Blätter ihnen Schatten spendeten und dessen Früchte sie statt des fehlenden Wassers labten. Und siehe da, es wollte der Zufall, daß ein Kistchen vertrockneter Datteln verloren ging und, was niemand geahnt und für möglich gehalten, geschah: in der dürren Steppe Südwest-Afrikas schossen drei Meter hohe Dattelpalmen auf und fingen sogar an, Früchte zu tragen. Das ist auch ein Wunder. So haben wir nach Herrn Dernburg alle Aussicht, in Südwest-Afrika künftig unter Dattelpalmen zu wandeln.

Und deutsche Professoren, die sich mit Vorliebe die geistige Leibgarde der Hohenzollern nennen, vernehmen diese Mär und brechen in ein Jubelgeschrei aus, wie man es nie von ihnen gehört. Das ist für den, der die deutschen Professoren kennt, kein Wunder!

Diese selbigen Professoren aber schwiegen, als im letzten Frühjahr das preussische Dreiklassenparlament, und zwar Nationalliberale und Konservative im holden Verein mit dem jetzt von ihnen so wütend bekämpften Zentrum, dem preussischen Volke die Schmach antat, dem Schulgeschehntwurf, den das stöckreaktionäre Kultusministerium unter Zustimmung des Ministerpräsidenten Fürst Bülow vorgelegt hatte, mit großer Mehrheit zuzustimmen.

Das sind die Repräsentanten der geistigen Blüte der Nation, die sich von Herrn Dernburg für seine Kolonialpolitik einfangen ließen.

Herr Dernburg phantasierte auch von der Unterbringung des deutschen Bevölkerungsüberschusses in den Kolonien, obgleich er so gut wie jeder von uns weiß, daß die Zahl

der Deutschen, die in den Kolonien dauernd leben kann, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung Deutschlands eine winzige ist und wir auf absehbare Zeit überhaupt keine Ueberschüßbevölkerung haben werden.

Wir haben in Deutschland nicht zu viel, sondern zu wenig arbeitsfähige Bevölkerung, wie die Hunderttausende ausländischer Arbeiter zeigen, die unsere „patriotischen“ Unternehmer mit der Absicht in Deutschland einführen, sie als Lohnrücken zu verwenden, wozu nächstens noch die von den ostelbischen Agrariern ersehnten Kulis kommen werden.

Im Jahre 1881, als Deutschland erst 46 1/2 Millionen Einwohner zählte, wanderten 210 547 Deutsche ins Ausland. 1905, als Deutschland 60 600 000 Einwohner zählte, war die Zahl der Auswanderer nur noch 28 075, von denen 26 005 nach den Vereinigten Staaten und ganze 57 nach dem großen Afrika wanderten, von dem unsere Hauptkolonie, das Dernburgsche Dorado, einen Teil bildet.

Wäre, wie Herr Dernburg behauptet, in Deutschland Ueberschüßbevölkerung vorhanden, dann hätten, an der Auswanderung von 1881 gemessen, im Jahre 1906 nicht 28 075, sondern mindestens 270 000 Personen auswandern müssen.

Wir haben in Deutschland noch über 4 Millionen Hektare Moor- und Anland, das mit Aufwendung entsprechender Mittel in Acker- und Gartenland verwandelt werden könnte, auf dem 400 000 Bauernfamilien mit à 10 Hektare Land = 40 Morgen oder 40 000 Ackerbauernschaften à 100 Hektare Land angesiedelt werden könnten. Und das Reich würde hierbei seine Aufwendungskosten bei Heller und Pfennig und mit Zins zurückerstattet erhalten.

So begegnen wir in dieser Agitation Widersprüchen über Widersprüchen, was aber auch die 1600 Angehörige der Berliner Bank- und Handelswelt, vor denen Herr Dernburg vor einigen Tagen seiner Phantasie die Zügel schießen ließ, nicht abhielt, in Jubelstürme auszubrechen, obgleich auch diese Herren, die Tausende von Millionen Kapital hinter sich haben, sich hüteten, einen Teil ihrer Millionen für die Dernburgsche Kolonialpolitik zur Verfügung zu stellen. Keiner kritisierte, aber keiner unterstützte auch mit seinem Gelde die Dernburgschen Pläne.

Parteigenossen! Benützt die Spanne Zeit bis zum Wahltag, um solche Vorgänge, die stark an Demagogie grenzen, zu brandmarken und den Wählern die ganze Hohlheit solcher Schilderungen zu zeigen.

Aristokratie, Bankokratie und industrielle und handeltreibende Bourgeoisie vereinigen sich, um ihren Todfeind, die Sozialdemokratie, zu bekämpfen. Doch sie werden mit uns nicht fertig. Aber daß diese Schichten, in deren Taschen hauptsächlich die 30 000 Millionen Mark gestossen sind, um die, nach Dernburg, das deutsche Volk in den letzten 20 Jahren reicher geworden ist, sich bereit erklären, einen größeren Teil der gewaltigen Opfer in Form direkter Steuern zu tragen, davon hört man kein Wort. Statt dessen haben sie durch ihre Vertreter im Reichstag diese Opfer in Form von indirekten Steuern und Zöllen auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse der Masse auferlegt. Diese Vertreter der fatten Jugend und zahlungsfähigen Moral sitzen auf ihren Milliarden und verlangen, daß das arbeitende Volk auch weiter hauptsächlich die Opfer trage, die ihre Militär-, Kolonial- und Flottenpolitik ihm auferlegt.

Parteigenossen! Bringt es den Massen immer wieder ins Gedächtnis: es handelt sich bei den bevorstehenden Wahlen nicht bloß um die Kolonialpolitik und erhöhte Ausgaben hierfür;

es handelt sich auch um neue Militär- und Flotten- und namentlich auch um neue Steuervorlagen;

es handelt sich weiter darum, daß die Politik der Fleisch- und Lebensmittelverteilung Trumpf bleibt, daß die nichtagrarische Bevölkerung zugunsten der agrarischen geschöpft und geplündert wird;

es handelt sich endlich um die Frage: ob dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erhalten bleiben soll oder nicht; ob Deutschland fortfahren soll, durch seine reaktionäre innere Politik der Gegenstand des Spottes und der Geringschätzung, und durch seine provokatorische Militär-, Flotten- und auswärtige Politik — die uns in der Welt isoliert hat — der Gegenstand der Abneigung, um nicht zu sagen des Hasses in der gesamten Kulturwelt zu sein.

Das alles sagt den Wählern, so lange ihr noch zu ihnen reden könnt!

Am Wahltag aber heißt es für alle: An die Front!

Vorwärts die Massen zum Sturm!

Auf zum Sieg! Ein Hüben, ein Drüben nur gilt! Hoch die Partei!

# Offiziöser Schwindel und kein Ende!

Da die „Nordd. Allg. Ztg.“ der „nationalen“ Parole selbst allzuweh misstraut, besetzt sie jetzt die Schamlosigkeit, die abgeklapperten „religiösen“ Bitterkeiten gegen die Sozialdemokratie spielen zu lassen. So schreibt das offiziöse Organ in seiner Sonntags-Nummer:

„Wir haben, vom nationalen Standpunkt mit Bedauern, die mehrfachen Meldungen verzeichnet, nach denen das Zentrum beabsichtigt, in einer Reihe von Wahlkreisen der Sozialdemokratie durch Proklamierung der Stimmenthaltung den Sieg zuzuführen. Auch vom religiösen Gesichtspunkt würde das Zentrum durch eine solche Taktik eine schwere Zumutung an seine Wähler stellen. Es bedarf nach der ganzen Vergangenheit der sozialdemokratischen Partei keiner weiteren Darlegung, daß sich hinter dem Satz: „Religion ist Privatsache“ die entschiedenste Religionsfeindschaft verbirgt.“

Das ist durch Aussprüche von führenden Sozialdemokraten leicht zu belegen. Eine Reihe solcher Aussprüche finden wir in dem Katechismus der sozialdemokratischen Religion und Revolution von J. Klein (Verlag von J. Schöffer, Berlin) zusammengestellt, darunter die folgenden:

„Die neue Religion für die Massen ist die Sozialdemokratie.“ (Vielnecht am 25. 1. 1890.)

„Auf religiösem Gebiet erstrebt die Sozialdemokratie den Atheismus.“ (Webel am 31. 3. 1881.)

„Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser.“ („Der Volksstaat“ vom 9. 3. 74.)

„Die christliche Kirche ist ein tollpötelhaftes Religionsystem.“ (Ebenda vom 7. 9. 76.)

„Das Christentum ist freiheits- und kulturfeindlich.“ (Webel, Christentum und Sozialismus S. 13.)

„Wenn wir einmal den sozialistischen Staat haben, werden wir sehr leicht mit der Religion fertig werden.“ (Protokoll des Parteitag zu Halle, S. 194.)

„Zu der Zeit, wo die Sozialdemokratie herrschen wird, wird die (katholische) Kirche ein Märchen der Vergangenheit sein.“ (Vielnecht, 11. 1. 1883.)

So einfältig die Wahlschwindelmacher des offiziellen Vlattes immer sein mögen, so dumm sind sie denn doch nicht, um nicht zu wissen, welche blöden Schwindel sie mit ihren Zitaten und Zügen treiben. Sie wissen genau, daß die Sozialdemokratie ihren Standpunkt der Religion gegenüber unzählige Male in unmißverständlicher Weise dahin präzisiert hat, daß sie den privaten religiösen Anschauungen ihrer Anhänger und aller Staatsbürger durchaus neutral gegenübersteht. Sie bekämpft die Annahmen der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Staatskirche, sie verlangt völlige Trennung von Staat und Kirche, speziell auch Trennung von Schule und Kirche — im übrigen aber verzichtet sie auf jegliche Einmischung in die privaten religiösen Angelegenheiten der Individuen.

Was nun die Zitate des offiziellen Vlattes selbst anlangt, so sei zunächst konstatiert, daß weder am 9. 3. 74, noch am 7. 9. 76 eine Nummer des „Volksstaat“ erschienen ist! Schon diese Tatsache beleuchtet die gewissenhafte Zitatenmethode des offiziellen Vlattes!

Ebenso wenig befindet sich auf S. 194 des Protokolls des Haller Parteitages die zitierte Stelle. Dagegen befinden sich in Liebknechts Rede zur Frage der Stellung der Partei zur Religion zahlreiche Stellen, die beweisen, wie ernst es Liebknecht mit dem Programmpunkte der Partei „Erklärung der Religion zur Privatsache“ genommen wissen wollte. So sagte er S. 175:

„Ich kann nur bemerken: einen vernünftigeren, praktischeren Satz haben wir nicht unter allen unseren praktischen Forderungen.“

Ferner auf derselben Seite:

„... Haben wir erst den Staat erobert, dann wird uns die Religion nicht gefährlich. Glauben diejenigen unter Ihnen, die vielleicht in dem Kampf gegen Jehobah Gefallen finden, glauben Sie etwa, daß durch radikal-religiöse Phrasen, oder gar durch Schimpfen, der Religion Abbruch getan wird? ... Der Religion können wir bloß dadurch zu Leibe gehen, daß wir die Religion des Einzelnen ruhig Religion sein lassen, ihm aber Wissen beibringen.“

Und genau so ernst, wie es Liebknecht mit dem die Religion betreffenden Programmpunkt genommen hat, hat es auch Webel genommen. In einer Diskussion, die Webel im Dezember 1906 mit einem Pfarrer in Karlsruhe hatte, erklärte er:

„Wenn ich Atheist bin, verlange ich das nicht auch von anderen, sondern lasse jedem Glauben, getreu dem Programmpunkt, daß Religion Privatsache und die Religionsgesellschaften Privatgesellschaften sein sollen. Wenn man den Einfluß der Kirche brechen will, muß man sie vom Staate und von der Schule trennen. Die Eltern sollen Freiheit in der religiösen Erziehung haben, ohne staatlichen Zwang.“

Uebrigens äußerte sich einmal ein bürgerliches Blatt, das „Stettiner Tageblatt“, Mitte Mai 1902 in äußerst vernünftiger Weise wie folgt über Webels Atheismus:

„Der Abgeordnete Webel hat einmal im Reichstage unseren Protokollentwurf, als diese ihm gegenüber auf das Christentum pochten, inhaltlich die Worte zugerufen: „Ich bin zwar erklärter Atheist und dennoch ein weit besserer Christ als Sie.“ Ihr Christentum besteht in tönenden Worten, das meine in Taten! Ich bemühe mich aus allen meinen Kräften, das oberste Gebot Ihres Heilandes zu erfüllen: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst. Was um denn Sie? ... Wahlich, im Munde dieses Mannes ein wahrgesprochenes Wort! Wer wird das Himmelreich erwerben, wer die fürchtbare Abweisung erfahren: „Ich kenne Euch nicht, weicht von mir?“ Der Lächer der Heiligen Lehre, oder die sich der nachfolgende Christi bloß mit ihrem Munde rühmen und den armen Lazarus, in der Gestalt der millionenfachen Armut in unserem Lande, vor ihren Türen verschmähen lassen, wenn sie selbst nur herrlich leben können oder in Freuden? ... Ueber das „Atheismus“ des Abgeordneten Webel ist mehr Freude im Himmel als über das „Herr, Herr“ unserer Grafen und Barone. Denn was liegt dem Himmel an bloßen Worten?“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ weiß freilich, warum sie um die Gunst des Zentrums buhlt und die Sozialdemokratie der Feindschaft wider die „Religion“ bezichtigt, während doch die Sozialdemokratie lediglich die Macht der Staatskirche, dieser Helfershelferin der weltlichen Machthaber und Volksherrscher brechen will! Das offiziöse Organ, das für Volksachtung und Volksausrichtung kämpft, denkt offenbar eines Wortes des „großen Preußenkönigs“, Friedrichs II., der in seinem „Anti-Machiavelli“ schrieb:

„Ohne Zweifel sind die Grundzüge der meisten geistlichen Regierungsformen von den spartanischen Gesetzen hergenommen, nach welchen das Silber verboten war; nur mit dem Unterschiede, daß die Beulaten den Gebrauch der Güter sich vorbehalten, die sie den Untertanen genommen haben. Sie sagten sie, sind die Reimen, denn das Himmelreich ist ihres. Weil sie nun gern wollen, daß jedermann selig werde, so bemühen sie sich auch, jedermann arm zu machen.“

# Wahlkampf.

## Zimmer neue Angriffe auf Reichstagswahlrecht!

Zum Junker Kröcher, dem Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses, der dieser Tage in einer Versammlung im Wahlkreis Salzweil-Garbelagen, von dem er wieder in den Reichstag geschickt werden möchte und dort zur Empfehlung seiner Kandidatur seine Feindschaft gegen das Reichstagswahlrecht deutlich zu erkennen gab, gefüllt sich ein anderer Heister der Nation: der konservativ-agrarische Kandidat des Wahlkreises Pyritz-Saagitz-Stargard, Herr Edler Gans zu Putlitz auf Barszewitz hat erklärt:

„daß er offen gestehen müsse, daß für den Mittelstand, besonders auf dem Lande, das geheime Reichstagswahlrecht nicht taugte, am allerwenigsten das allein seligmachende sei.“

Wähler, merkt's!

## Hungertwahlen.

Aus Waldkirch (Weisgau), so meldet die Mannheimer „Volkstimme“, kommt die Nachricht, daß Kalb- und Schweinefleisch neuerdings im Preise wieder gestiegen seien und heute nicht weniger als 90 Pf. pro Pfund kosten. Auch aus anderen Landesteilen wird ein allgemeines Steigen der Fleischpreise gemeldet, von den Sachverständigen wird behauptet, daß es noch weiter anhalten werde.

Aber nicht bloß das Fleisch, auch das Brot wird dem deutschen Volke geradezu freventlicherweise verteuert. Man beachte folgende Nachricht aus

Konstanz, 9. Januar. Auf dem hiesigen Rathaus wurden bis jetzt über 3000 Brotkarten gelöst. Der Inhaber einer solchen Brotkarte darf täglich bis zu sechs Pfund Brot oder 12 Pf. zollfrei über die Grenze aus den Orten Emmishofen und Kreuzlingen holen und spart dabei 10 bis 12 Pf. pro Tag. Eine Karte kostet 30 Pf.

In der Schweiz also, deren Getreideproduktion gleich Null ist, da das Land seinen Bedarf an solchem fast ausschließlich vom Auslande via Rhein-Mannheim bezieht, kostet das Kilo also 8 Pf. weniger als in Deutschland. Ursache: der hohe deutsche Getreidezoll, der heute 5,50 Mark pro Doppelzentner Brotgetreide kostet, während die Schweiz bei der Einfuhr lediglich eine statistische Gebühr in Höhe von 50 Pf. pro Doppelzentner erhebt.

Eine weitere Meldung der badischen Parteipresse besagt:

Aus Bruchsal wird gemeldet:

Die Regierung hat die Verkaufspreise für Kalb- und Schweinefleisch um 6 Pf. erhöht. Das Pfund kostet jetzt 90 bzw. 86 Pf.

Von einem in der Installationsbranche tätigen Münchener Arbeiter wird der „Münchener Post“ geschrieben: Ich habe im Jahre 1906 als Helfer und Monteur in 247 Tagen 2920 1/2 Stunden zu 39, 45, 46, 51, 56 Pf. und außerdem 68 Ueber-, Nacht- und Sonntagsgelöndern (auch auswärts) zu 47, 48, 57, 67, 68, 74 Pf., mitunter auch im Efford, gearbeitet. Der erzielte Verdienst beläuft sich auf 1057,75 M. Meine Frau verdiente 122,35 M. Für 49 arbeitslose Tage erhielt ich vom Verband eine Unterstützung von 67,85 M. an Prozenten als Verbandseinsparierer 36,75 M., an Gratifikationen 22,37 M. Für verkaufte Gegenstände nahm ich ein 16 M., an Konsumvereinsbeiträge 13,18 M., für Sammelmarken 1 M., für Wahlbrüche 30 Pf., gefunden 10 Pf., Gesamteinnahme 1337,15 M. Diesen Einnahmen stehen diese Ausgaben gegenüber: für Lebensmittel 502,34 M., für Miet 192,34 M., Holz 11,28 M., Kohlen 15,42 M., Petroleum 6,59 M., Seife 7,77 M., Zigaren 2,23 M., Materialzahlung für eine Nähmaschine 76 M., Wohnung 152,70 M., Händholz, Farben, Klappen, Insektenpulver, Wachs, Sahnpflan, Portemonnaie, Injektionsgebühren 2,63 M., für Schuhwerk 23,87 M., Schreibwaren 4,76 M., Werkzeug 2,51 M., Vögellöcher 90 Pf., Haushalts- und Einrichtung 21,96 M., Spiritus 1,29 M., Toilette 1,90 M., Kleiderkasten- und Zubehörteile 22,88 M., Maschinen-Reparatur 7,17 M., Wahlzettel 12,40 M., Leib- und Bettwäsche 19,48 M., Stärkwäsche 1,74 M., Kleider und Hüte 39,26 M., Nacht 2,82 M., Urtenbreite der Frau 13,75 M., Ueberzug-Anzug 2,03 M., im Spiel verloren 45 Pf., unbringliche Forderung 20 Pf., Ortskrankenkasse 31,48 M., Invaliden-Versicherung 7,26 M., Verband 34,55 M., Unterstützungslosse Solidarität 20,52 M., Versicherung der Frau 3,42 M., sozialdemokratische Partei 3,80 M., Münchener Post 8,50 M., Steuer 12,63 M., Bürgerverein 1,50 M., Straßenbahn 5,05 M., Gratifikation 10,23 M., Vergütungen 6 M., zusammen 1301,42 M. Ueberichuß 35,73 M., der zum Teil im Bürgerverein, zum Teil im Konsumverein als Einlage steht, teils aber auch zur Deckung des Defizits des vorausgehenden Jahres diente. Zum Punkt: Ausgabe für Lebensmittel ist zu erwähnen, daß meine Frau in Jugenblättern und bei Verwandten an 82 Tagen Mittageffen und an 46 Tagen die ganze Kost hatte: ich habe an 148 Tagen zugunsten meines Haushaltbudgets auf Morgentafel verzichtet, an 62 Tagen in Auslosgeschäften und Speisefällen für 10—30 Pf. zu Mittag gegessen und an 43 Tagen zog ich es vor, aus irgendeinem Grunde mittags in der Wirtschaft zu bleiben, aber nur ganz wenig zu genießen. Es trifft auf den Kopf und Tag 70 Pf. für Lebensmittel. Nur an circa 180 Tagen konnte ich mich wirklich satt essen, vorwiegend an Gemüse, an Fleisch war mir das vielleicht 20mal vergönnt. In der Ausgabe für Bier, täglich etwa 58 Pf., möchte ich betonen, daß ich kein Alkoholler bin und mindestens ein Drittel des ganzen Betrages in Ausübung meines Berufes auszugeben indirekt gezunehmen war, während ich an circa 150 Abenden des Jahres kein Bier getrunken, auch Sonnabenden oft ohne Bier getrunken zu haben zu Worte ging. Meine Frau trank oft wochenlang kein Bier. Ich hatte die Absicht, meiner Frau leichtere Beschäftigung zu verschaffen; das belastete meine Ausgaben für Maschine mit 11 Pf. pro Tag und Kopf. Ich brauchte fast gar nichts, rostierte mich selbst und hatte den größten Teil des Jahres ein Zimmer in Miete und bekam für circa 10 Mark Holz geschenkt. Die Aufwendungen für das Fahrrad ermöglichten es, daß ich an 183 Tagen in der Mittagspause zu Hause essen konnte und eine Mehrausgabe für Straßenbahn von mindestens 15 M., für Schuhe von mindestens 5 M. einparen konnte. Das ganze Jahr war Ebbe in der Kasse, bei kleinsten momentanen fälligen Ausgaben war oft kein Geld vorhanden. Selbst an zwei Wochenfeiertagen konnte ich kein Glas Bier trinken. Und dieses Elend, obgleich ich auf beschäftigt, tariflich bezahlt und meine Frau bisher gesund und arbeitsfreudig war. Kinder haben wir nicht. Trotzdem konnte meine Frau sich schon das dritte Jahr kein neues Kleid kaufen, und ich ziehe es vor, wegen meiner Barberverhältnisse Sonntags in der Nachbarschaft zu bleiben. Das klingt wie ein Roman, alles ist aber traurige Tatsache.

Diese ungeschminkten Darstellungen eines schlichten Bauarbeiters charakterisieren die Phrasen des nationalen Bloß, daß nirgends in der Welt die Arbeiter so glänzend gestellt sind, wie in Deutschland ganz vortrefflich.

## Von „sozialdemokratischer Erpressung“

safelt die gegnerische Presse, weil die Sozialdemokraten in Oberhausen folgendes Rundschreiben an die Geschäftsleute gerichtet haben:

Oberhausen, den 27. Dezember 1906.

Sehr geehrter Herr!

Wir gestatten und ergebenst. Ihnen folgende Lage und Bitte zu unterbreiten: Bekanntlich finden am 25. Januar die Wahlen zum deutschen Reichstage statt. Gerade die Zusammenkunft dieses Parlaments ist für die Arbeiterschaft von eminenter Wichtigkeit, da der Reichstag alle die gesamten Arbeiter hoch interessierenden Reichsgesetze zu schaffen hat. Aus diesen Gründen will sich auch die Arbeiterschaft an den kommenden Wahlen be-

teiligen! Hierbei mangelt es uns aber an dem notwendigen, an dem Gelde. Weil Sie nun, wie wir mit Sicherheit annehmen, als Geschäftsleute an der Hebung des Arbeiterstandes ebenfalls ein Interesse haben, da ja naturgemäß dann auch die Lage der gesamten Gesellschaft eine bessere wird, gestatten wir uns, an Sie die freundliche Bitte zu richten, uns in diesem Wahlkampfe durch einen Beitrag gütigst unterstützen zu wollen. Wir erlauben uns dieserhalb am Sonnabend unter Vorlage einer Legitimation vorzusprechen. Verschwiegenheit ist selbstverständlich zugesichert.

Hochachtungsvoll und ergebenst  
das sozialdemokratische Wahlkomitee.  
Karl Krämer, Joh. Spaniel, Joh. Großmann,  
Joh. Götte, Friedrich Schneider, A. Werner.

Das „Berliner Tageblatt“ hat dazu stillschweigend entrüstet gejamert:

„Das ist eine Erpressung in optima forma. Denn wenn die betreffenden Geschäftsleute nicht in dem gewünschten Sinne reagieren, werden sie von den Mitgliedern der Partei für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit boykottiert und dadurch wirtschaftlich zugrunde gerichtet.“

Der Wortlaut des Zirkulars enthält nichts, was der freien Behauptung des „Berliner Tageblatts“ auch nur einen Anhalt von Strohalmstärke gäbe. Es ist einfach aus den Fingern geflogen, daß die Geschäftsleute, die nichts zahlen, boykottiert werden sollten! Nicht sozialdemokratische Erpressung, sondern „nationale“ Verlogenheit wird hier festgestellt.

Indes wollen wir trotzdem nicht verhehlen, daß uns der Schritt der Oberhausener Genossen nicht sympathisch ist. Nicht um der Entstellungen wegen, zu denen unseren verleugenen Gegnern Gelegenheiten geboten wird, denn solche Verleumdungen fürchten wir nicht, sondern weil das Sammeln für den Wahlfonds bei politischen Gegnern unserem ganzen Empfinden widerspricht. Eine derartige Methode ist denn auch in der deutschen Sozialdemokratie nicht üblich und wird zweifellos auch keine weitere Verbreitung finden.

## Schamloser Wahlschwindel.

dessen sich der „nationale“ Reichsmach in Leipzig schuldig gemacht hat, wird von der „Leipziger Volkszeitung“ gebrandmarkt. Das Limas-Papier, die „Leipziger Neueste Nachrichten“, behauptet am Freitag:

„Am letzten Sonnabend trat der neue Buchdrucker Tarif in Kraft, der den Setzern und Druckern eine Vesserstellung verschafft. Ueberall hat sich die Einführung des neuen Tarifes ohne Störung vollzogen. Nur an einer Stelle ergaben sich Differenzen: in der Druckerlei der „Leipziger Volkszeitung“. Hier versuchte die Geschäftsleitung zu feilschen und zu handeln, so daß die Setzer und Drucker sich gezwungen sahen, die Arbeit zwei Stunden lang einzustellen. Infolgedessen erschien die „Volkszeitung“ am letzten Sonnabend zwei Stunden zu spät und entschuldigte das mit einem Maschinendefekt.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ kann diese elende Verleumdung durch folgende Feststellungen lennenzeichnen:

Erstens. Der neue Buchdrucker Tarif trat nicht am letzten Sonnabend, sondern am 1. Januar in Kraft.

Zweitens. Die Einführung des Tarifes hat sich in der „Volkszeitung“ statt vollzogen. Daß Setzer und Drucker zwei Stunden lang die Arbeit eingestellt haben, ist eine elende Wahlsage.

Drittens. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist am letzten Sonnabend überhaupt nicht zwei Stunden später erschienen. Dieses Malheur passierte ihr vielmehr am Sonnabend, den 22. Dezember, und beruhte allerdings auf einem Maschinendefekt, wie in der Nummer vom Montag, den 24. Dezember, erklärt wurde und wie aus dem Kontrollzettel hervorgeht. Der Druck der Zeitung begann nur eine Viertelstunde später wie gewöhnlich, was sich aus dem starken Andrang der Weihnachtsinzerate genügend erklärt.

Der Gipfel der Unverschämtheit ist in diesem Falle von den „Leipziger Neueste Nachrichten“ erreicht worden. Dasselbe Blatt, das mit eherner Stimm behauptet: überall hat sich die Einführung des neuen Tarifes ohne Störung vollzogen, hat in seinem eigenen Vertriebe den Tarif noch nicht eingeführt. Der Gauvorstand der hiesigen Buchdrucker ermächtigt die „Leipziger Volksztg.“ zu der Erklärung, daß bis zum Sonnabend im Vertriebe der „Leipziger Neueste Nachrichten“ noch keine Einigung über die Tarifzulagen zustande gekommen ist, so daß die Angelegenheit höchstwahrscheinlich das Tarifamt beschäftigen wird.

Im Vertriebe der „Leipziger Volkszeitung“ ist dagegen seit dem 1. Januar jedem Buchdrucker eine Zulage von wöchentlich 3 Mark ohne Rücksicht auf die bisherige Höhe des Lohnes gewährt worden. Unter 83 M. wird kein Buchdrucker im Vertriebe der „Leipziger Volkszeitung“ eingeschickt.

## Dernburg auf Reisen.

In München hat sich, wie liberale Blätter berichten, ein größeres Komitee gebildet, das an den Herrn Kolonialdirektor Dernburg eine Einladung zu einem Vortrage in München über koloniale Fragen ergehen ließ. Dem Komitee sind etwa 200 Herren beigetreten, darunter hervorragende Vertreter der Wissenschaft und Kunst, der Industrie, des Handels und Gewerbes, auch Militärs, Schriftsteller usw. Der Vortrag soll am 21. Januar abends 8 Uhr im Alten Rathaussaale stattfinden.

Der Dernburg spricht natürlich, wie in Berlin, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, wie sich das für solch hohen Regierungsvertreter von selbst versteht.

## Ein Freisinnskandidat.

Der auch mit Hilfe des Freisinn's aufgestellte Reichsmach-Kandidat für Gotha, Prinz Hohenzollern-Langenburg, genannt der „Vorschupping“, hat sich nun doch herabgelassen, eine Rede zu halten. Diskussion war selbstverständlich ausgeschlossen. Die verkloppene Kolonialergelung erklärte, daß sie im Reichstage keiner Fraktion beitreten werde. Ihrer Stellung und Vergangenschaft nach gehöre sie freilich zu den Parteien der Rechten! Irgend ein klar umrissenes Programm zu geben, hielt der Kolonialsprinz für seiner Würde nicht angemessen. Auch in der Frage des Wahlrechts verweigerte er jede präzise Stellungnahme. Er erklärte es einfach für ausgeschlossen, daß die Regierung innerhalb der nächsten Session eine Veränderung des Wahlrechts beschließen könne. Er drückte sich aber ängstlich um jede Auskunft darüber, welche Stellung er einnehmen werde, wenn die Regierung sich doch zu einem solchen Attentat gegen das elementarste Recht des Volkes bereit finden lassen werde!

So sieht der Kandidat aus, den der gothaische Freisinn mit hat auf den Schild erheben helfen, und für dessen Wahl er alle seine Kräfte aufwenden wird!

## In Leipzig

hat am Freitag der Genosse Stadtverordneter Lange, nachdem ihn eine Versammlung der Leipziger Sozialdemokratischen Vereins einstimmig als Reichstagskandidaten aufgestellt hatte, seine erste Rede in dieser Eigenschaft gehalten, die ihn aufs glücklichste eingeführt hat. Der Reichsmachkandidat Jund, der sich im Falle seiner Wahl den Nationalliberalen anschließen will, war erschienen und nahm das Wort. Genosse Lange hatte in richtiger Voraussicht seine Rede auf eine Konzeption der Nationalliberalen angelegt, deren Sündenregister er in wirkungsvoller Weise entrollte. Herrn Jund scheint dabei recht ungemütlich geworden zu sein, denn er erklärte in seiner Rede, er habe sich der Nationalliberalen angeschlossen, weil sie immer treu zu Kaiser und Reich gehalten hätten, er lehne es aber ab, für die Abstimmlungen und die Haltung der Nationalliberalen verantwortlich gemacht zu werden. — Eine sehr bequeme Methode, die Herr Jund aber bei denkenden Wählern nicht viel nützen wird. Bemerkenwert an seiner Rede war noch eine Spekulation auf die Buchdrucker, indes fiel er damit

hinein, denn der Buchdrucker Giesler erklärte nachher unter dem Beifall der Versammelten, Dr. Jund habe versucht, durch Vereinigen des Buchdruckerstands unter den Buchdruckerstimmen sich zu machen. Das werde ihm aber nicht gelingen. Die deutschen Buchdrucker könnten ihren Kandidaten niemals in Dr. Jund, sondern nur in Heinrich Lange sehen.

Der Verlauf der Versammlung, in der von den Gegnern noch die Herren Rechtsanwälte Martin und Dr. Dinkler, von sozialdemokratischer Seite die Genossen Lipinski, Dr. Bentsch und Poegisch sprachen, war ein äußerst erfreulicher und hat die Leipziger Genossen mit hoher Befriedigung erfüllt. An den Sünden der national-liberalen Partei muß die Kandidatur Jund erkranken, das muß die Parole des diesjährigen Wahlkampfes für Leipzig sein", schreibt die „Leipz. Volksztg.“.

### Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

In der Ostpreignitz ist eine interessante Zersplitterung in den Reihen unserer Gegner eingetreten. Zunächst liegen sich zwei konservative Kandidaten brüderlich in den Haaren. Die großgrundbesitzende Landbesitzer haben nämlich wieder einen Adligen aufgestellt, und zwar den jungen Herrn v. Dallwitz, den Sohn des kürzlich verstorbenen bisherigen Abgeordneten des Kreises. Hiermit war aber der Gutsbesitzer Löschner, der den Kreis im preussischen Landtage vertritt, nicht einverstanden. Er erzählt jetzt in Versammlungen und Flugblättern, daß man ihn bei der Kandidatenaufstellung absichtlich beiseite geschoben habe, weil er nicht adelig ist, obwohl die Mehrheit der Wähler für seine Kandidatur war. Nun halten v. Dallwitz und Löschner beide ihre Kandidatur aufrecht. Der adelige Rittergutsbesitzer verläßt sich auf das „Preignitzer Kreisblatt“, den Beamtenapparat, die Kriegervereine und auf die „freundliche Bahnhilfe“ seiner Adelskollegen, das heißt auf den bekannten wirtschaftlichen Druck, mit dem diese Sippe ihre abhängigen Gutsarbeiter zur „unbeeinflussten“ Abgabe der Dallwitzschen Stimmzettel zwingen wird. Der bürgerliche Gutsbesitzer Löschner aber appelliert besonders an die Bauernschaft der Ostpreignitz.

Interessant ist dieser lustige Wünderkrieg insofern, als hier der Gegensatz zwischen Adel und Nichtadel oder besser gesagt — zwischen Groß- und Kleingrundbesitz plötzlich eine Rolle spielt, die unter Umständen noch erhebliche Überraschungen im Gefolge haben kann. Die Ostpreignitz ist nämlich nicht der einzige Kreis, wo die Gegensätze zwischen Groß- und Kleingrundbesitz jetzt ziemlich deutlich hervorzutreten beginnen. Ein Beweis für die zunehmende Erkenntnis der natürlichen Klassencheidung auch im agrarischen Lager. Der Wahlkampf in diesem Kreise bietet das Interessanteste aber noch mehr. Auch der Freisinn ist mit zwei Kandidaten auf den Plan getreten. Ein Agrarier Kleinbürger und ein Wittstoder Gymnasialprofessor streiten erbittert um die liberale Publizistik. Der Streit unter den braven Freisinnsmännern ist wohl zur Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die liberalisierenden Schichten des Handwerker- und Kleinbürgerstums einen Vertreter aus ihren Reihen haben möchten, während der „honetten und gebildeten“ Bürgerschaft dieser Kleinmeister „nicht nobel genug“ ist. Um das Maß der Wahlkonfusion aber voll zu machen, haben auch noch die Antisemiten einen ihrer obliquen Berliner Judenretzer aufgestellt. In ihren Flugblättern schwindelt diese Sekte natürlich das Blau vom Himmel herunter, von der glorreichen Kolonialpolitik aber erwähnt sie kein Wort. Erfreulichem Interesse zeigt die Wählerschaft an den sozialdemokratischen Versammlungen. So fand am Sonnabend in Wittstod eine sozialdemokratische Wählerversammlung statt, wie sie an diesem Orte noch nie zuvor gesehen worden ist. Selbst für den Referenten, den Genossen Rehebein, Berlin blieb auf dem Podium nur so viel Raum, daß er sich nur notdürftig bewegen konnte. Arbeiter, Bürger, Post- und Bahnbeamte und besonders eine erhebliche Zahl von Bauern und Landarbeitern aus dem zum Teil stundenweit entfernten liegenden Dörfern der Umgegend waren trotz des schlechten Wetters erschienen, um den sozialdemokratischen Redner zu hören. Auch mehrere Gutsbesitzer hatten sich eingeschunden. Als unfruchtbarer Agitator hatte sich das „Preignitzer Kreisblatt“ betätigt. Dies edle Blättchen hatte zu zahlreichem Besuch angefordert, damit die Gegner den Sozialdemokraten einmal gehörig den Standpunkt klarmachen sollten. Wie das gemeint war, zeigte der Hinweis der Notiz, daß die sozialdemokratische Zeitung wohl einige Nähe haben werde, die Versammlung vor der Auflösung zu bewahren. Es kam aber anders. Die Ausführungen des Referenten schlugen durch, und immer lebhafter wurde der Beifall. Den anwesenden Bauern hielt der Redner u. a. vor, wie sie beim Militär von den meisten funktionslosen Offizieren behandelt werden. Da heiße es: Du Bauernkammer insamer, Saubauer dreidiger, Rißbauer verdammt usw. Jetzt aber zur Reichstagswahl begrüßen dieselben Junker, die sonst so verachteten bäuerlichen Landwirte herablassend als „Bruder Bauer“, um ihre Stimmen einzufangen. Dieser Hinweis löste einen geradezu donnernden Beifall aus in der Versammlung aus. Die Bauern und Landarbeiter erhoben sich von ihren Sitzen, soweit sie nicht schon ohnfinnig stehen mußten und riefen ein über das andere Mal in höchster Bewegung: „So dat is ol so; de Mann hei recht!“ Kurz, die Versammlung endete für uns mit einem durchschlagenden Erfolg. Die Gegner, die uns den „Standpunkt klarmachen“ sollten, sahen ziemlich gedrückt und betroffen da. Sie begnügten sich mit einigen schüchternen verlorenen Zwischenrufen, die in der Versammlung nicht den mindesten Anklang fanden. Nur ein „freisinniger“ Wädemeister, der auch gleichzeitig den antisemitischen Wahlaufschwung unterzeichnet hatte, riskierte eine Rippe. Er wurde von der Versammlung einfach ausgelacht. Nach Beendigung der Versammlung unterhielt sich ein großer Teil der Anwesenden noch bis gegen Mitternacht über das Gehörte und tauschte Meinungen und Erfahrungen aus.

Am Sonntag tagte in Prißwalk wiederum eine imposante Wählerversammlung, die noch stärker besucht war als die letzten Freitagabend. Von den Gegnern war vorher angekündigt worden, daß es diesmal zu einer scharfen Abrechnung mit der Sozialdemokratie kommen werde, und in der Tat waren zahlreiche Gegner unserer Partei in der Versammlung anwesend. Mit großer Spannung harrete mahniglich der großen Dinge, die da kommen sollten. Zunächst hielt Genosse Albrecht Fülle-Berlin ein beinahe zweistündiges Referat. Dann nahm der Kandidat des Kreises, Lenno Waah, zu einer markigen Ansprache das Wort. Nunmehr sollte zur Diskussion und zu der in Aussicht gestellten Vernichtung der Sozialdemokratie durch die konservativen Dallwitzdringer geschritten werden. Aber ach! Trotz der wiederholten dringenden Aufforderung des Vorsitzenden an die vorher so großmündigen Herren zogen die Tapferen es vor, zu schweigen; sicherlich war ihnen bei den Beifallsstürmen, die die Versammlung den beiden Rednern gesendet hatte, das Herz in die Hose gerutscht. Mit einer wirkungsvollen Ansprache schloß der Vorsitzende die prächtig verlaufene Versammlung, und aus vielen hundert Reihen löste ein begeistertes dreifaches Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie.

## Wem bieten unsere Kolonien An siedelungsgelegenheit?

Da es die neue Kolonialergreifung so hinzustellen liebt, als sei bis jetzt eigentlich die famose Kolonialpolitik den Arbeitern zulebte getrieben worden und als biete sich jenseits des Ozeans in diesen herrlichen Kolonien auch für die Arbeiter eine geeignete Gelegenheit zur Ansiedelung, sei hiermit folgende amtliche Auskunft an einen Auswanderungslustigen wiedergegeben:

Zentralauskunftsstelle für Auswanderer, Abteilung der deutschen Kolonialgesellschaft in Berlin W. 9, den 29. Dezember 1905. Schellingstr. 4.

Herrn . . . Reichenbach im Vogtl.

Auf Ihr an das Kaiserliche Kolonialamt gerichtetes, hierher zur Erledigung abgegebenes Schreiben vom 20. d. M. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich nicht in der Lage bin, Ihnen eine für Sie zutreffende Auskunft zu erteilen, da Sie nicht mitgeteilt haben, welche Mittel Ihnen zur Verfügung stehen. Die deutschen Schutzgebiete sind zur Aufnahme von unbemittelten und wenig bemittelten Ansiedlern nicht geeignet. Zur Niederlassung dortselbst sind größere Kapitalien und außerdem Kenntnisse in der tropischen Landwirtschaft bzw. Viehzucht erforderlich. In Deutschsüdwestafrika, das hauptsächlich für Viehzüchter in Betracht kommt, sind bisher zur Ansiedelung mindestens 20 000 bis 25 000 M. als erforderlich erachtet worden. Zurzeit und bis zur Herstellung friedlicher Verhältnisse ist dort jedoch eine Niederlassung nicht rätlich. Die Anlage einer Kakao-pflanzung in Samoa erfordert ein Kapital von mindestens 50 000 M. Nur in den deutschostafrikanischen Landschaften West-Nyambara und Langenburg sowie auf den Marianeninseln ist eine Niederlassung eventuell mit etwa 10 000 M. möglich. Dazu kommen noch die nicht unerheblichen Reise- und Ausrüstungskosten. Land kauft man lediglich an Ort und Stelle, nachdem man sich selbst genügend von der Qualität desselben überzeugt hat. Freie Reise, Fahrpreisermäßigung wird Personen, die sich in einer der deutschen Kolonien niederlassen wollen, von keiner Seite gewährt. Vor einer Auswanderung nach einer der deutschen Kolonien zwecks Ansiedelung daselbst ohne die dazu erforderlichen Geldmittel ist zu warnen; sollten Sie über größere Mittel verfügen, so stelle ich Ihnen anheim, unter Angabe Ihrer persönlichen Verhältnisse, d. h. Alter, Beruf, ob ledig oder verheiratet, verfügbare Mittel usw., sich nochmals hierher zu wenden.

Ergebenst

Der Leiter der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer.

Gellmann,

Kaiserlicher Konsul z. D.

Und da wagt Herr Dernburg von Kleinsiedelungen von 10 Hektaren in Südwest zu sprechen!

Die Kolonien sind nur für Kapitalisten, die armen Teufel mögen sich im lieben Vaterlande durchhungern oder den Staub des Vaterlandes von den Pantoffeln schütteln!

## Die Ursache des südwestafrikanischen Aufstandes.

Ein Professor der Berliner Universität, F. v. Luschan, Direktor des Völker museums in Berlin, äußerte sich in einem am 17. Februar 1906 gehaltenen Vortrage folgendermaßen:

„Das ich selbst seit Jahren schon immer und immer wieder von neuem hervorhebe, das wurde mir in persönlichen Verkehr von mehreren sehr hochgestellten britischen Kolonialbeamten als das Hauptergebnis ihrer vieljährigen Erfahrungen bezeichnet: daß alle europäischen Beamten in den Schutzgebieten früher oder später scheitern oder zu Fall kommen, wenn sie die Eingeborenen schlecht, das heißt roh, geringschätzig, grausam und ungerecht behandeln, während andererseits wirkliche Erfolge auf kolonialem Gebiet immer nur von denjenigen Europäern erzielt wurden, die sich persönlich für den Eingeborenen interessieren, das heißt sich mehr oder weniger praktisch mit Völkerkunde beschäftigen.“

„Aber noch gehört in den meisten Kolonialstaaten die Völkerkunde nicht zu den offiziell anerkannten Disziplinen bei der Vorbereitung zum Expendienst, und noch immer gibt es daher da und dort Europäer, die den „Wilden“ unterschätzen und ihn deshalb, wie traurige Erfahrungen immer wieder von neuem zeigen, in der denkbar brutalsten Weise mißhandeln. Ich bitte deshalb um Erlaubnis, hier . . . wirklich eine Stelle aus einem Vortrag zitierten zu dürfen, den ich im Jahre 1899 auf dem siebenten internationalen Geographentag in Berlin gehalten habe:“

„Vor allem aber muß gefordert werden, daß der Völkerkunde wenigstens bei der Ausbildung von Kolonialbeamten die führende Stellung eingeräumt wird, die ihr von Rechts und Vernunft wegen gebührt. Das ist eine Forderung nicht nur der Wissenschaft, sondern auch eine Forderung der Moral und des nationalen Wohlstandes.“

„Ich sehe noch heute ganz auf diesem Standpunkt und bin vollkommen davon überzeugt, daß auch unser letzter Krieg in Südafrika leicht zu vermeiden gewesen wäre und daß er einfach nur eine Folge der Geringschätzung ist, welche in den damals leitenden Kreisen den Lehren der Völkerkunde gegenüber herrschte.“

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Januar 1907.

### Zuviel Sozialpolitik.

Der bisherige Vertreter des Reichstagswahlkreises Vorken-Reddinghausen, der Zentrumsmann Euler, hat dem Unwillen der christlichen Arbeiter des genannten westfälischen Kreises weichen müssen. Herr Euler ist ein würender Vertreter der Zünftlerforderungen, dazu ein scharfmacherischer Draufgänger. Auf dem Rheinischen Handwerkerkongress in Kreuznach (September 1904) hielt er zunächst eine Lobrede auf das Zentrum, dann auf die Konservativen. „Ich sehe“, so sagte Euler, „in engerer Fühlung mit dem Vorstand der konservativen Fraktion; in Handwerkerfragen geht diese mit uns Hand in Hand.“ Dann fuhr Herr Euler fort:

„Sie dürfen sich darauf verlassen, daß in beiden Fraktionen mit allem Ernst und allen denkbaren Mitteln für die Interessen des Handwerks eingetreten wird. Wenn trotzdem die Tatsache nicht wegzuleugnen ist, daß in den letzten Jahren die Arbeiterfreundlichkeit weiter gegangen ist, als die Handwerkerfreundlichkeit, dann darf man das nicht als Schuld dieser Fraktionen kennzeichnen; es liegt in den Verhältnissen, die es notwendig machen, daß von christlicher Seite die Arbeiter von der Sozialdemokratie abgehalten und zu christlichen Verbänden zusammengeschlossen werden. Von christlichem und politischem Standpunkte ist es mit Freuden zu begrüßen, daß es gelungen ist, eine ziemlich kompakte Masse von Arbeitern schon heute in christlichen Gewerkevereinen zu vereinigen.“

Trotzdem anerkanntermaßen die Sozialpolitik seit langen Jahren nichts geleistet hat, ist nach Herrn Eulers Ansicht noch zu viel für die Arbeiter geschehen. Dieses Gehändnis ist ebenso interessant, wie das andere, daß das Zentrum die Sozialpolitik und die Organisation der Arbeiter nur der Sozialdemokratie wegen betreibt, nur um die katholischen Arbeiter vor dem Übergang ins rote Lager zu schützen. Wer aber nun

meint, daß Herr Euler ein Freund der christlichen Gewerkschaften sei, der kennt das scharfmacherische Gemüt dieses Zentrumsmannes schlecht. Im Anschluß an obige Sache fuhr er nämlich fort:

„Ueber das Programm der Gewerkschaften will ich mich nicht weiter verbreiten, daran haben wir sehr viel anzusetzen, insbesondere, daß man unsere Handwerksgehilfen nicht in die Arbeiterverbände hineinlocken soll.“

Und weiter sagte Herr Euler:

„Wir sind nicht gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, wir wollen aber unsere eigenen Interessen auch mit den geschlech-ten gegebenen Mitteln schützen. Wir wünschen dringend, daß unsere Gesellen nicht den Arbeiterverbänden angehören, sondern zum Handwerk zurückkehren. Ich empfehle meinerseits warm den Beitritt zu den katholischen und den evangelischen Jünglingsvereinen.“

„Wir wünschen dringend, daß unsere Arbeiter nicht den Gewerkschaften angehören“ — das ist Scharfmachersprache im unversältesten Stummstimm, so reden die Kirchtur und Stimmes, die Quack und Beumer auch. Und dabei richtet sich, das ist das Interessanteste dabei, dieses Kommando des Zentrumsmannes gegen die christlichen Gewerkschaften.

Auf dem Kreuznacher Handwerkerkongress empfahl der Schlossermeister Krieger (Zentrumskandidat bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Düsseldorf!) eine Resolution, die u. a. forderte: „Verhütung weiterer Belastung der Handwerksmeister durch sozialpolitische Gesetze, Stellungnahme gegen Abschluß von Tarifverträgen, Verlängerung der Lieferungsdauer öffentlicher Arbeiten bei unberechtigten Streiks.“

In der Diskussion über diese Resolution sprach auch Herr Euler; er wandte sich gegen die weitere Belastung des Handwerks durch sozialpolitische Gesetze und stimmte, da der Bericht einstimmige Annahme verzeichnet, für die Resolution, sprach sich also, wiederum wie in echter Scharfmachermanier, gegen die Tarifverträge und für die Begünstigung der Unternehmer bei Ausständen aus.

Und dieser Mann hat Platz im Zentrum, das sich auf seine Arbeiterfreundlichkeit so viel zugute tut! Es wird ihm ein bombensicherer Wahlkreis (Trier) zugeschoben, wo er den Unmut der Arbeiter nicht zu fürchten hat. Und die christlichen Gewerkschaftsführer, anstatt auf die Kaltstellung des Scharfmachers Euler zu dringen, begnügen sich damit, daß er von Reddinghausen nach Trier verpflanzt und sein bisheriger Wahlkreis einem der übrigen, dem Gewerkschaftsbeamten Schiffer, zugeschonigt wird.

Das Zentrum, Herr Euler und Herr Schiffer sind einander wert!

### Die Landesproporzahlen in Württemberg.

Stuttgart, 12. Januar. (Eig. Ber.)

Durch den am 9. Januar stattgefundenen dritten Wahlgang haben die württembergischen Landtagswahlen nunmehr ihren endgültigen Abschluß gefunden. Der Ausgang dieses dritten Wahlgangs, der sogen. Landesproporzahlen entspricht in bezug auf die Mandatsverteilung durchaus den Berechnungen, die auf Grund der Hauptwahlergebnisse vom 6. Dezember angestellt worden waren. Es erhielten Sozialdemokratie 4, Volkspartei 4, Zentrum 4, Konservativ bzw. Bauernbund 3, Nationalliberale 2 Mandate.

Nunmehr sieht die Fraktionsstärke der einzelnen Parteien im zukünftigen Landtag definitiv fest. Es haben

Zentrum . . . . .	25 Mandate
Volkspartei . . . . .	24 „
Sozialdemokratie . . . . .	15 „
Konserv. bzw. Bauernbund . . . . .	14 „
Nationalliberale . . . . .	13 „

Der noch verbleibende „Wilde“ dürfte sich den Nationalliberalen anschließen. Es ist also nicht gelungen, was sowohl durch die Listenverbindung zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei, als zwischen Konservativen und Nationalliberalen angestrebt worden war, das Zentrum um ein Mandat zu verfürzen, damit es nicht als stärkste Partei im Landtage erscheinen konnte. Nunmehr wird ihm, entsprechend dem parlamentarischen Brauch, der Präzedenzfall in der Zweiten Kammer zufallen.

Bei der Proportionalwahl erhielten insgesamt Stimmen:

	Sozialdem.	Volksp.	Kons. bzw. Bauernb.	Natlib.	Zentr.
Rekar- und Jagstkreis	508 413	454 091	870 006	200 379	270 693
Schwarz- u. Donaufreis	280 275	814 731	160 294	155 298	599 897
	788 688	788 822	590 300	355 677	870 593

Da jeder Wähler im Rekar- und Jagstkreis 9 Stimmen und im Schwarz- und Donaufreis 8 Stimmen abzugeben hatte, so ergibt sich, daß für die einzelnen Parteien gestimmt haben:

	Sozialdem.	Volksp.	Kons. bzw. Bauernb.	Natlib.	Zentr.
Rekar- und Jagstkreis	56 490	50 454	41 111	22 284	30 055
Schwarz- u. Donaufreis	28 784	39 841	20 036	19 412	74 924
	85 274	89 795	61 147	41 676	105 009

Dieses Ergebnis zeigt für die Sozialdemokratie einen Rückgang von etwa 6000 Stimmen gegen die am 5. Dezember stattgefundenen Hauptwahlen, während Volkspartei und namentlich Zentrum ihre Stimmen stark vermehrt haben. Diese Erleichterung ist jedoch keineswegs überraschend. Es wurde allgemein damit gerechnet, daß die Stimmabgabe überhaupt eine schwächere sein würde als bei den Hauptwahlen. Wenn trotzdem gerade die Volkspartei an Stimmenzahl zunahm, so hat sie das, worüber sie sich selbst wohl am meisten klar sein wird, zu allerletzt der Anziehungskraft ihrer politischen Grundzüge zu verdanken. In erster Reihe ist ihr Wachstum darauf zurückzuführen, daß sie einen Verbandssekretär der Staatsunterbeamtenvereine auf ihren Wahlvorschlag genommen hatte, der den ganzen ihm zur Verfügung stehenden Apparat der Staatsbeamten- und Arbeiterverbände für sich klappern ließ, sowie einen Lehrer, der ihr fast alle Lehrentimmen des Landes zuführte. In gleicher Weise hatte sie schon am 5. Dezember bei der Proporzwahl in Stuttgart-Stadt mit der Kandidatur eines Postunterbeamten Stimmenfang getrieben. Wie dieses Mandat jetzt bei der Landesproporzwahl auf unsere Stimmengahl einwirkte, indem es uns die Eisenbahnerstimmen entzog, die am 5. Dezember für uns abgegeben wurden, läßt sich an einzelnen Wahlbezirken, wie z. B. dem Oberamt Walen, mit nahezu mathematischer Genauigkeit feststellen. Dieser Schwindel gelingt aber nur einmal. Und daß es ein Schwindel ist, dem die Staatsbeamten und Arbeiter zum Opfer gefallen sind, ist nicht zu bestreiten. Denn wie die Wissenden schon im voraus prophezeit hatten, sind natürlich sowohl der Postunterbeamte wie der Eisenbahnerverbandssekretär, wie auch der Sekretär der evangelischen Arbeitervereine, den die Volkspartei gleichfalls auf dem Stimmzettel hatte, glatt durchgefallen. Ihre Kandidaturen erschienen der Volkspartei nur als geeignete Lockmittel, um mit ihnen die Stimmen der hinter ihnen stehenden Wähler zu ködern.

Das starke Anstücken der Zentrumsstimmen ist durch die ganz ungeheuren Anstrengungen des Zentrums in den letzten Tagen zustande gebracht worden. Das Zentrum witterte die Gefahr, die ihm durch die Listenverbindung der übrigen Parteien drohte und ließ alle Mittel seiner kirchlichen Organisationen in Bewegung setzen, um auch den letzten katholischen Wähler an die Urne zu bringen. Wie dieser Kontrollapparat arbeitete, wird am besten durch die Wiedergabe eines kurzen Wahlrapports illustriert, den das hiesige Zentrumblatt heute aus einer seiner Gemeinden bringt. Der Bericht heißt:

Großengtingen. Proporzwahlergebnis. Wahlberechtigt nach der Liste 196, davon 1 gestorben, 2 krank. Abgestimmt haben 164, darunter 2 Protestanten. (1) 166 unabgeänderte Zentrumstimmenzettel!

Wer diese kleine Notiz genau liest, bekommt ein Bild davon, wie prompt die Organe der katholischen Kirche im Dienste der politischen Zentrumsorganisation zu arbeiten verstehen, wenn es ihnen darauf ankommt. So gelang es auch dem Zentrum, in seinen sicheren Wahlkreisen ganz hervorragende Wahlbeteiligungsziffern zu erzielen. Während die durchschnittliche Wahlbeteiligung im Schwarzwald- und Donaukreis, wo die Hauptdomänen des Zentrums liegen, etwa 80 Proz. und im Redar- und Jagstkreis nur 78 Proz. war, betrug sie im einzelnen in den katholischen Kreisen Ellwangen 88,9 Proz., Wiedlingen 91,3 Proz., Tettnang 85,07 Proz., Waldsee 89 Proz. usw., ein Beweis, wie schwer die Position des Zentrums zu erschüttern ist, so lange es in der Lage ist, die staatlich anerkannte kirchliche Organisation in den Dienst seiner Parteinteressen zu stellen.

Da die Proportionalwahl eine neue Erscheinung ist, deren technische Einzelheiten noch nicht allgemein bekannt sind, so sei zum Schluß noch wiedergegeben, in welcher Weise die Mandatsverteilung an die einzelnen Parteien von statten geht:

#### Redar- und Jagstkreis = 9 Mandate.

	Sozialdem.	Volksp.	Kons.	Natlib.	Zentrum
	608 418	464 091	370 006	200 379	270 885
1.	962 504		570 385		
2.	481 252		285 192 1/2		135 842 1/2
3.	320 834 1/2		190 128 1/2		90 228 1/2
4.	240 626		142 580 1/4		67 671 1/4
5.	192 500 1/2				

Die bei solcher fortgesetzten Teilung der Stimmenzahl durch 1, 2, 3 usw. erlangten 9 Höchstziffern, die wir durch Fettdruck ausgezeichnet haben, erhalten die zu vergebenden 9 Mandate. In gleicher Weise regelt sich dann die Unterverteilung der Mandate an die Parteien, deren Listen miteinander verbunden waren und deren Stimmen mithin zusammengezählt wurden.

#### Schwarzwald- und Donaukreis = 8 Mandate.

	Sozialdem.	Volksp.	Kons.	Natlib.	Zentrum
	230 275	314 731	160 294	155 298	590 397
1.	545 006		315 592		599 397
2.	272 503		157 796		299 698 1/2
3.	161 668 1/2		105 197 1/2		199 799
4.	136 251 1/2		78 898		149 849 1/4

Auch hier haben wir die 8 Höchstziffern durch Fettdruck als diejenigen bezeichnet, auf welche die Mandate entfielen.

### Deutsches Reich.

#### Eine periodische Erscheinung.

Die Regierung bekundet seit einigen Wochen, genauer seit etwa 14 Tagen, eine überraschende Besorgnis um das Wohl der Staatsbeamten: eine Erscheinung, die bekanntlich nur zeitweilig eintritt, nämlich jedesmal vor Reichs- und Landtagswahlen, und die sich gewöhnlich nach den Stichwahlen schnell wieder verflüchtigt. Auch diesmal verheißt nach allem Schema die Regierung oder vielmehr ihr Organ, die „Nordd. Allgem. Ztg.“, den Reichsbeamten allerlei Gehaltsaufbesserungen und Vergünstigungen, und zwar, damit niemand im Zweifel bleibt, welchem Zwecke die schönen Versprechungen dienen sollen, unter der Überschrift „Zum Wahlkampf“. Das offiziöse Blatt schreibt:

„Durch die Auflösung des Reichstages ist es der Reichsverwaltung noch auf längere Wochen hinaus unmöglich geworden, sich zu diesen, natürlich auch die gesamte Reichsbeamenschaft lebhaft interessierenden Fragen, wie es beabsichtigt war, bei der Einführung des Reichshaushalts-Etats im Reichstage zu äußern. Aus diesem Grunde gehen uns von wohlunterrichteter Seite nachsichende Mitteilungen zu: Was zunächst die Gehaltsaufbesserungen und den einmaligen Unterstützungsfonds anbelangt, so sieht der unter dem 10. Dezember dem damals versammelten Reichstage vorgelegte Entwurf des Reichshaushalts-Etats für 1907 ebenfalls eine Reihe von Einkommensverbesserungen, sei es durch tatsächliche Gehaltserhöhungen, sei es durch Abkürzung der Aufzugsdauern vor. Nur sind sie nicht so weitgehend wie die preußischen, umfassen nicht sämtliche preußischerseits berücksichtigte Beamtengruppen, auch ist ein Fonds zu einmaligen Unterstützungen für Unterbeamte nicht ausgebracht. . . .“

Was sodann die Milderung der Pensionsvorschriften der Zivilbeamten in Verbindung mit einer Verbesserung der Hinterbliebenenbezüge anbelangt, so befinden die erwarteten Gesetzentwürfe sich gleichfalls innerhalb der Reichsverwaltung in der Ausarbeitung. Ihre Ziele decken sich im wesentlichen mit den Verbesserungen, welche für die preußischen Vorlagen von dem Herrn Finanzminister in seiner Etatsrede angekündigt sind. Ebenso besteht endlich bei der Reichsverwaltung die Absicht, für die Massen der mindestbezahlten Beamten von 800 beziehungsweise 900 bis 1200 M. für das Rechnungsjahr 1908 Einkommensverbesserungen vorzuschlagen.“

Die guten „Absichten“ sind also nach eigener Versicherung bei der Regierung vorhanden. Eine Garantie für ihre Ausführung übernimmt sie allerdings nicht. Vorbedingung ist selbstverständlich, daß die Unterbeamten bei der bevorstehenden Wahl konservativ oder nationalliberal wählen; aber auch dann ist durchaus noch keine Gewähre für „Einkommensverbesserungen“ gegeben, denn zunächst haben selbstverständlich Heer und Marine den ersten Anspruch auf die vorhandenen Mittel. —

#### Vom Reichsschnorrverband.

Die „Trierische Landeszeitung“, ein Zentrumblatt, teilt mit, daß derselbe Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, unter dessen Führung jetzt der Kampf gegen das „Schwarzrote Kartell“ vor sich geht, erst seit kurzem seine Zentrumseindschaft entdeckt haben muß. Es sei nämlich noch gar nicht lange her, erst einige Wochen, daß dieser nämliche Reichsverband oder auch Reichsschnorrverband sich an Zentrumskreise gewandt habe, um sie zum Beitritt zum Reichsverband und zur materiellen Unterstützung desselben aufzufordern.

Das ultimontane Organ schreibt:

„Nun ist es interessant, mit dieser Haltung des Reichsverbandes“ die Tatsache zu vergleichen, daß derselbe noch ganz kurz vor der Reichstagsauflösung Geldmittel aus katholischen Kreisen, ja aus Zentrumskreisen, für seine Zwecke zu erlangen suchte. Nach am 6. Dezember 1906 wurden von Berlin aus Drucksachen, allerdings in geschlossenem Avert, auch in Zentrumskreise geschickt, um Mitglieder für den „Reichsverband“ zu gewinnen. In dem Avert waren enthalten:

1. Ein Agitations schreiben, unterzeichnet von dem Herren Generalleutnant Niefert und Dr. Rosenfeld.

2. Ein Tätigkeitsbericht nebst dem sogenannten „sozialdemokratischen Geheimlaß zu den Reichstagswahlen 1908“.

3. Eine Eintrittserklärung.

4. Eine Karte zum Einsetzen geeigneter Adressen.

5. Eine Postanweisung, adressiert an den A. Schaaffhausen'schen Bankverein in Berlin.

Eine solche Zusendung, welche die Aufforderung zum Beitritt und zur Einsetzung des Mitgliedsbeitrages enthielt, empfing am 8. Dezember 1906 auch die Trierer Paulinus-Druckerei. Dieselbe wurde von dem Direktor der Paulinus-Druckerei natürlich mit großem Vergnügen zur Kenntnis genommen und mit demselben Vergnügen ad acta gelegt.

Nun wird man vielleicht fragen, es sei den Herren in Berlin nicht bekannt, welcher Parteifarbe die Paulinus-Druckerei angehöre. Der Einwurf könnte berechtigt sein, wenn nicht die Adresse des Briefes wäre. Die Herren in Berlin wissen nämlich nicht, daß die „Paulinus-Druckerei“ nicht mehr Eigentum des Abgeordneten Dabach ist. Sie halten den Abgeordneten Dabach noch immer für den Besitzer dieser von ihm ins Leben gerufenen Druckerei, und darum haben sie ihr um Mitgliedschaft und Geld verbendes Schreiben nach Trier geschickt mit der Adresse:

An die Paulinus-Druckerei, H. Dabach.

Nun weiß aber doch jeder der Berliner Herren, daß der Abgeordnete Dabach ein ausgesprochenes Zentrumsmann ist.

Am 6. Dezember schreibt man an diesen Zentrumsmann, um seine Mitgliedschaft und seine Beiträge zu gewinnen.

Und am 18. Dezember schreibt man an den Herrn Reichszentraler, um jenes gegen das Zentrum mit Unfreundlichkeiten versehenes Schreiben zu prototypieren.“

Dem Reichsschnorrverband ist es ganz einerlei, woher er sein Geld nimmt. Er huldigt dem vornehmen Grundsatz, daß Geld ja nicht stinkt. Er nimmt es von Juden und Christen, von Protestanten und Katholiken, von den Bühnenmännern und christlichen Arbeiterorganisationen. Er kämpft für jede Reaktion, für das Ausbeutertum in jeder Form. Deshalb sucht er auch bei dem Zentrum zu schnorren, demselben Zentrum, gegen das er nunmehr den Kampf führt.

Daß der Reichsverband diesmal gegen das Zentrum kämpfen muß, wird er das nächste Mal gut zu machen versuchen. Er weiß ja nicht, ob er in unseren bewegten Feuilletons nicht schon über's Jahr gemeinsam mit dem Zentrum den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen hat. Wir möchten diese Möglichkeit zu allerleht bezweifeln!

#### Die Techniker und die Reichstagswahl.

In diesen Tagen des Wahlkampfes, wo nicht nur die politischen Zeitungen, sondern selbst viele Arbeiterblätter, Mittelstands-, Vergnügungs- und Hochblättern in hoher Politik machen, hat auch die „Verkehrstechnische Woche“, redigiert von Herrn Regierungsbauemeister A. D. Braun, nicht in Bezug auf „vaterländisches Gefühl“ hinter dem großen Herzhafen des nationalen Blokes zurückbleiben wollen. In einem „Techniker und Reichstagswahl“ überschriebenen Artikel fühlt sich die Redaktion bemüht, ihrem Drange nach politischer Betätigung nachzugeben und einen Appell an die Techniker zu richten, mit Mannermut für des Reiches Wohl und die südwestafrikanischen Sandwüsten zu kämpfen. Lang und breit wird auseinandergesetzt, daß keiner besser als der Techniker dazu befähigt sei, der Sozialdemokratie entgegenzutreten, weil er durch seinen Beruf ständig in enger Fühlung mit den „verschiedensten Klassen von Arbeitern“ stehe. Dann heißt es unter Aufbietung des höchsten technischen Pathos:

„Jetzt aber in diesen großen Tagen des ganzen Deutschen Reiches ist der Augenblick gekommen, in dem die Techniker zeigen können und müssen, was sie dem Vaterlande sind. Jetzt muß alle Empfindlichkeit darüber schwinden, daß die Mitarbeit der Techniker an sozialpolitischen Aufgaben von maßgebenden Kreisen oft zurückgewiesen wird. Jetzt ist es Ehrenpflicht eines jeden deutschen Technikers, seine wissenschaftlichen Kenntnisse und seine vielseitigen praktischen Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeiterfragen in den Dienst der nationalen Sache zu stellen und im Kampfe gegen die Sozialdemokratie nutzbar zu machen, eingedenk jener ersten Ermahnung, die Se. Majestät der Kaiser bei der Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule zu Berlin an die Lehrender der technischen Jugend richtete und die darin gipfelte: „Ich rechne auf die Techniker.““

Die Kronprinzessin „Post“ bringt diese Auslassung freundlichst zum Ausdruck. Dieses spezielle Wohlwollen der Kampfbrotkrumen unter den deutschen Blättern für die Leistung der „Verkehrstechnischen Woche“ ist eine genügende Bestrafung des albernem Pärwises dieser Fachzeitung. —

#### Dernburg der Große.

Die Beherrschung Dernburgs durch die freisinnige Presse nimmt nachgerade höchst bedenkliche Formen an. Die albernem Leistungen Dernburgs vor den Berliner Professoren und den Mitgliedern des deutschen Reichstages, die nicht nur die Kolonial-Erzellen als komischen Phantasten charakterisieren, sondern auch den politischen und volkswirtschaftlichen Kenntnissen der beteiligten Professoren ein nicht gerade ehrenvolles Zeugnis ausstellen, werden z. B. in der gestrigen Wochenübersicht des „Berl. Tagebl.“ folgendermaßen gewürdigt:

„Der einzige, der den Kampf um die Kolonien noch ernst nimmt, scheint der stellvertretende Kolonialdirektor Dernburg zu sein. Er tänzelt nicht über die Schwereigkeiten hinweg, sondern er ringt mit ihnen, er sucht sie zu packen und zu überwinden. Seine beiden Vorträge, die er in der letzten Woche gehalten hat, um für unsere Kolonien Stimmung zu machen, geben Zeugnis von dem Ernst, mit dem Dernburg an seine Aufgabe herangegangen ist, und mit dem er an ihr festhält. Dernburg möchte alle Welt zu Mitarbeitern für sein koloniales Ideal gewinnen. Jeder Stand, jeder Beruf, jede Klasse soll das ihre tun, damit das Deutsche Reich sich in die Reihe der europäischen Kolonialmächte einreißt. Zu diesem Zwecke ruft er alle Wissenschaften und Künste zu Hilfe, ohne doch zu vergessen, daß in allererster Linie diejenigen Kreise interessiert werden müssen, die über die nötigen Mittel zur Erschließung unserer Kolonien verfügen.“

Das „Berl. Tagebl.“ muß sehr bescheiden sein, wenn ihr das „King“ Dernburgs und dessen „Ernst“ so gewaltig imponiert; für andere Leute hat die gespreizte Gravität, mit der Herr Dernburg alte abgestandene Ansichten volkswirtschaftlicher Ninderfabeln und Arbeiterkatastrophen als neue eigene Produkte seiner genialen Denktätigkeit in die Welt schleudert, etwas ungemein Komisches. —

#### Ausgleichende Gerechtigkeit!

Die Rheinprovinz zählt 35 Wahlkreise; in 32 davon hat das Zentrum Kandidaten aufgestellt. Unter diesen Kandidaten ist ein Prinz, ein Graf und ein Freiherr, ferner zählen wir vierzehn Juristen, darunter ein Oberlandesgerichtspräsident und vier Oberlandesgerichtsräte; Geistliche giebt es drei. Als Vertreter der Arbeiter sind drei Kandidaten, die Arbeitersekretäre Wiesberts, Gronowski und Koesling, vorhanden.

Nun sind 51 Prozent der Bevölkerung der Rheinprovinz in der Industrie tätig; von den 6 1/2 Millionen Einwohnern kommen mindestens 3 Millionen auf die Industriearbeiterschaft. Für die Vertretung der Hälfte der rheinischen Bevölkerung bewilligt das Zentrum drei Kandidaten unter 32 — ebenso viele, wie Vertreter des Adels, der bestenfalls einige hundert Familien zählt.

Und wo hat man diese Arbeiterkandidaten aufgestellt? Koesling kandidiert in Solingen, für das Zentrum völlig ansichtslos; Gronowski in Duisburg, einem Wahlkreise, den das Zentrum nie besessen hat und nie besitzen wird; Wiesberts in Essen, das nur mit Mühe in der letzten Wahl gegen die Sozialdemokratie behauptet wurde und voraussichtlich diesmal schon endgültig der roten Fraktion einverleibt wird.

Mit anderen Worten: den Prinzen, Grafen und Oberlandesgerichtsräten giebt das Zentrum die sicheren, den Arbeiterkandidaten die ansichtslosen und unsicheren Wahlkreise. So genährt sich das Zentrum auch hier wieder als die glorreiche „Volkspartei“!

Vom Ausweisungsunfug. Der Gastwirt Richter in Halle, ein mit Gefängnis und Zuchthaus bestrafter Mann, erhielt eines Tages vom Regierungspräsidenten die Ausweisungsbefehl, wonach er Halle und eine ganze Reihe Nachbarorte verlassen sollte. Der Mann stammt aus Köchly in Sachsen, betreibt gegenwärtig in Halle mit seiner Frau ein sehr gut gehendes Restaurationsgeschäft und steht unter Polizeiaufsicht. Da er das „Vanngebiet“ nicht verließ, stellte man ihn vor das Schöffengericht, wo der Amtsanwalt gegen ihn 3 Wochen Haft beantragte. Der Angeklagte erklärte mit Recht: „Wo soll ich denn eigentlich hin; in meiner Heimat habe ich mein Heimatsrecht verloren, und hier, wo ich mich jetzt redlich ernähre, soll ich von meiner Frau getrennt werden, die meine Eifersucht im höchsten Maße regt?“ Das Gericht sprach den Angeklagten frei und brachte in der Urteilsbegründung zum Ausdruck, daß es kein Gesetz gebe, nach dem ein unter Polizeiaufsicht stehender bestraft werden könne, wenn er dem Ausweisungsbefehle nicht nachkomme.

Dem Druckfehlerfuss hat es gefallen, in dem Schlufabsatz unseres Entreeblatts über Revolution und Wahlkampf im letzten Sonntagblatt die Mahnung an den Freisinn, er möge ruhig an seine eigene Brust klopfen, in die Aufforderung zu verhandeln, ruhig an seine eigene Schulter zu klopfen. Dem Druckfehlerfuss ging es offenbar wider den Strich, daß man beim Freisinn noch so viel Einsicht und Anstandsgefühl erwarte, die ihn veranlassen könnten, ruhig seine Sünden zu beweinen. Dagegen hielt es dieser Kolobd offenbar für geboten, dem Freisinn ob dieser Sünden tüchtig die Schultern zu verknöpfen. Das wird denn auch das deutsche Proletariat mit seinen Stimmzetteln am 25. Januar befehlen — ausgiebig aber ruhig, denn über den Freisinn regt sich niemand mehr auf.

So liegt denn ein tiefer Stein in dem kindischen Spiel des Druckfehlerfussbolls. —

### Ausland.

#### Frankreich.

##### Der „Felsen“.

Paris, 14. Januar. (B. Z. V.) Aus Douai wird gemeldet, daß, als den Befehlen des 15. Artillerieregiments in feierlicher Weise die Fahne vorgeführt wurde, ein Unteroffizier sich mit lauter Stimme in geringschäpiger Weise über die vielen Geschichten äußerte, die man wegen eines solchen „Felsens“ mache. Der Unteroffizier ist mit Degradation und acht Tagen Gefängnis bestraft worden. —

#### Spanien.

##### „Toleranz“.

Barcelona, 12. Januar. Der Bischof hat die Diözesanen seines Sprengels benachrichtigt, daß alle kirchlichen Zeremonien denjenigen Verkörpern verweigert würden, deren Tod von den Angehörigen in liberalen Zeitungen mitgeteilt würde!

Höher kann sich geistliche Borniertheit im 20. Jahrhundert nach Christi Geburt wohl kaum noch verfeigen. —

Ein bürgerliches Blatt übrigens macht den guten Wig: Der Bischof fungiere als Annoncen-Akquisiteur für katholische Zeitungen. Was was Wahres dran sein. —

#### England.

##### Heeres-Reorganisation.

Am Sonnabend ist ein Armeebefehl veröffentlicht worden, der den neuen Armeereorganisationsplan enthält. Der Befehl sagt über die Reorganisation der Feldarmee für den Dienst im Auslande, daß diese aus einer Kavalleriedivision zu vier Brigaden, sechs Divisionen, aus „Armeetruppen“ und aus den für die Verbindungslinie erforderlichen Truppen bestehen soll. Die entsprechende Organisation für die reguläre Feldarmee in Friedenszeiten soll aus vier Kavalleriebrigaden, sechs Divisionen und Armeetruppen bestehen. Der Ausdruck „Armeetruppen“ bedeutet nach dem Armeebefehl Truppen aus solchen Einheiten, die einen Teil einer Expeditionskolonne bilden, aber nicht in der Organisation einer Kavalleriedivision, einer Division oder der Verbindungslinientruppen inbegriffen sind.

Eine den Armeebefehl erläuternde Denkschrift besagt, die Divisionen, die die für den Dienst im Auslande bestimmte Feldarmee bilden, würden jede annähernd die Stärke eines halben Armeekorps haben und in der Hauptsache aus der Feldtruppe bei der Fahne und aus Reservisten bestehen; dazu würden für den militärischen Hilfsdienst Hilfsmannschaften treten, deren Aufgaben im Kriege nicht eine ständige militärische Ausbildung bedingen, wie sie für die eigentliche Kampftruppe nötig ist. Die Kavalleriebrigaden, die bisher den einzelnen Heeresabteilungen und Armeekorps zugeteilt waren, sollen von nun an behufs wirksamerer Erfüllung der Aufgaben der Kavallerie eine Kavalleriedivision unter dem direkten Kommando des Heeresbefehlshabers bilden. Die Heeresabteilungen für den Telegraphen- und den Brückenbau sollen beträchtlich vermehrt werden.

#### Persien.

Der dritte Sohn des verstorbenen Schahs, Abul Kadh Mirza Esfar es Daulsch, soll zum Thronfolger ausgerufen sein von einer Streitmacht, die er aufgezogen hat, in der Hoffnung, die Thronfolge seines Bruders anzutreten zu können. —

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Preisvertenerung.

Essen a. d. Ruhr, 14. Januar. (B. Z. V.) Der Vorkaufverein erhöhte ab 1. April die Preise für Salonbriten um 7 Mark und für Industriebriten um 5 Mark pro Doppelwaggon.

#### Ein empfehlenswerter Minister.

Budapest, 14. Januar. (B. Z. V.) Der Redakteur und Schriftsteller Dr. Kalyp erstattete gegen den Justizminister Polonni Anzeige wegen versuchter Erpressung, die sich Polonni während seiner Tätigkeit als Advokat an der gräflichen Familie Kalo Schuldig gemacht haben soll.

#### In Russland ist jeder verdächtig.

Petersburg, 14. Januar. (B. Z. V.) Der italienische Journalist Josef Galbi wird seit längerer Zeit vermisst. Man befürchtet, daß er als politisch verdächtig von den russischen Behörden verhaftet wurde. Die hiesige italienische Botschaft unternahm nunmehr Schritte bei der russischen Regierung zur Aufklärung der Angelegenheit.

Die russische Revolution.

Nach dem Attentat.

Petersburg, 11. Januar. (Fig. Ver.)

Das Attentat auf den Generalprokurator Pawlow bildet das wichtigste politische Thema für die Blätter aller Richtungen. Sieben Monate rufen die Blutgerichte, und nun ist der Vater dieser Schreckensklammern gefallen! „Njetisch“ analysiert diese Tatsache mit äußerster Ruhe und Objektivität folgendermaßen: Für wirklich denkende Männer unter den Vertretern der Repräsentativpolitik könne nur ein logischer Schluss aus der ganzen Reihe der Tatsachen der letzten Zeit zwingend sein: Die blutige Gewaltpolitik der sieben Monate hat zu nichts geführt. Nach jedem Anschlag greife man in erster Linie zu dem alten Projekt einer allgemeinen Diktatur, doch immer wieder lasse man diesen Gedanken fallen, weil man sich immer mehr überzeuge, daß die alten Mittel untauglich sind. Als ob Rußland nicht bereits ein diktatorisch regierter Staat wäre! — Man gehe hinunter in die Straßen, man sehe sich die Patrouillen an, die Tag und Nacht herumstreifen, man lese die Verordnung der Generalgouverneure in den verschiedenen Gouvernements. Kann eine Diktatur mehr sein als dieses Regime, unter dem heute ganz Rußland lebt?!

Von Stolypin haben die Hoffreie eine Veruhigung des Landes erwartet; er sollte die Revolution in den Boden treten und auf den Trümmern einer feuchten, mürben „Opposition“ die herrschende Partei mit Gutschkow an der Spitze bilden. Das hat er auch versprochen, und nun ist man soweit, wie man war! Jetzt eine Diktatur? Wer sollte der Diktator sein? Es ist bezeichnend, daß man nur Männer wie Krennamp, Skalon, Dubassow hat, an die man vorgestern und gestern in Jaroslaje Stelo gedacht haben soll, wie die heutigen Blätter mitzuteilen wissen. Diese exprobierten Anarchisten in den goldenen Uniformen können aber keine neuen Mittel erfinden; sie können wohl ganz Rußland niederstampfen, doch nicht eine Regeneration durchführen. Die Politik dieser Männer könnte nur eine Fortsetzung der bisherigen sein, und deren Resultate liegen zu klar auf der Hand. Eben diese Tatsache, die durch das Attentat auf Pawlow eine grelle Beleuchtung erfahren hat, macht die Hoffreie schwanfend. So ist es denn erklärlich, daß in jenen Kreisen, die sich die „Regierung“ nennt, große Verwirrung herrscht. Heute finden wir dies in allen Blättern bestätigt. „Njetisch“, „Strana“, „Russ“ bringen kennzeichnende Einzelheiten, die von einer wirren Stimmung in der Bureaucratie sprechen.

„Russ“ kennzeichnet diese Stimmung besonders scharf und bestimmt: In der Kamarilla herrschen gegenwärtig drei Strömungen. Die erste, die reformfreundlichere, will nachgeben und verweist auf die Notwendigkeit einer raschen Schwengung nach links, die mittlere Strömung, die weniger stark ist, will's mit halben Mitteln versuchen, und die dritte predigt rücksichtslose Fortsetzung der bisherigen Nullpolitik! Wie die „Russ“ erzählt, hat Rodjedonozow der Kamarilla ein in diesem Sinne verfaßtes Memorandum gefandt! Die reaktionäre Gruppe hat angeblich im gegenwärtigen Augenblick am wenigsten Hoffnung auf Erfolg. Das belegen auch die Informationen der „Strana“ und der „Njetisch“.

Die „liberale“ Presse gibt sich schon der kräckerischen Gaukelei hin; doch jeht plötzlich ein Bruch mit der bisherigen Politik unabweislich sei! — In Wirklichkeit kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Kamarilla den Versuch machen wird, fortzuzurückeln. Daß aber Stolypin nicht mehr lange die Führung der inneren Politik inne haben wird, das dürfte allerdings so gut wie sicher sein. Das konstatieren heute sämtliche Blätter. Verschiedene Nachfolger werden sogar bereits genannt, darunter Witte, aber auch die Krennamp, Skalon und Dubassow!

Der Beschluß über die nunmehr zu befolgende Politik soll in einer der nächsten Versammlungen der Kamarilla gefaßt werden. Vielleicht, daß die Feld-Arbeitsgerichte abgeschafft werden. Das wäre natürlich nichts weiter als ein jener kleinen Mittel, die gegenwärtig auch nicht um Haarsbreite die allgemeine politische Lage ändern können.

„Russ. Kur.“ schreibt:

Auf Anordnung Stolypins haben alle russischen Generalgouverneure untermäßig das ganze Material, betreffend die feldkriegsgerichtlichen Entscheidungen, zusammenzustellen und nach Petersburg abzuschicken; auch die Angelegenheiten der „politischen Verbrecher“ werden jetzt gesichtet.

Die Verblendung.

Gestern, am russischen Neujahrstage, erging ein kaiserliches Handschreiben an Stolypin. — Der Zar beschneidet seinem Ministerpräsidenten, den er zum Zeichen seiner Huld zum Mitglied des Reichsrats ernannt, er habe es verstanden, „im Laufe von 5 1/2 Monaten durch energisches Auftreten eine deutliche Besserung hinsichtlich der öffentlichen Ordnung herbeizuführen, trotz tollühner Auftritte der Revolutionäre und wiederholter Uebelsaten, die begangen wurden zu dem Zwecke, die regierenden Kreise in Verwirrung zu setzen.“

Nikolawa erwähnt sodann die Gesegenswürfe, die das Ministerium für die Dumatagung vorbereitet, und die Maßnahmen, die von ihm — als unumgänglich nötig — noch vor dem Zusammenreten der Duma verwirklicht worden sind. Er spricht sodann Stolypin und dem gesamten Ministerium seinen Dank aus und gibt der Zuvorficht Ausdruck, daß nach dem bevorstehenden Anfang der Tagung der neuen Duma und des Reichsrats das von Stolypin geleitete Ministerium dieselben Dienste zur Ausführung der kaiserlichen Pläne leisten werde wie bisher; denn nur im Zusammenwirken der neuen gesetzgebenden Organe mit der vom Kaiser ernannten Regierung sehe er ein Pfand für gesetzliche Ordnung und Stärkung der Kräfte des Staates gemäß den Bedürfnissen des zu neuem Leben berufenen Rußland.

Auch an den Finanzminister Koloßoff hat der Zar einen Silberbrief — nach Wilow'schem Rezept — gerichtet. In diesem Dankschreiben wird hervorgehoben, daß die russischen Werte im Ausland gegenwärtig wieder viel mehr begehrt werden und die Sparkassen wieder großen Zufluß aus den Ersparnissen des Volkes erhalten. (2) Beides zeuge von der Erstarbung des Vertrauens zu den Finanzverhältnissen des Reiches.

Nur ein Wahnwichtiger — sollte man meinen — kann in Rußland „eine deutliche Besserung hinsichtlich der öffentlichen Ordnung“ entdecken, nur ein reitungslos Verblendeter eine „Erstarbung des Vertrauens zu den Finanzverhältnissen des Reiches“ konstatieren. Der Zar wird von seinen „Verantern“ so informiert, daß man ihm Weiß schwarz und Schwarz weiß malt. Stolypin ist, Stolypin bleibt einstweilen Herr der Situation. Er hält's mit dem Wahlspruch: Nach und die Eintust!

Uebrigens wird soeben das Projekt des russischen Staatsbudgets für 1907 bekannt. Die Ziffern dieses Budgets reden trotz aller Schönfärberei und Experimentierkunst eine ganz andere Sprache als das Handschreiben des Zaren an Koloßoff. Da hören wir von Wäskern, von Reichslandsgebieten, für deren Bevölkerung Unterstützungssummen von mehr als 130 Millionen Mark in den Etat eingestellt werden müßten! Wir hören von zwei Defizits, die in Summa fast 1 1/2 Milliarden Mark betragen, ja — wir hören sogar, daß eine „Kreditsoperation“ (auf deutsch: Anleihe) beabsichtigt ist, deren Umfang von den Einnahmen des Jahres 1907 abhängigen wird. Der Finanzminister Koloßoff hat allerdings bereits erklärt,

die Anleihe müsse, wann Rußland sich halten sollte, spätestens April 1907 perfekt werden!!

Nun steht es aber mit den Chancen einer russischen Anleihe durchaus nicht gut. Scheint doch sogar der von einem Bankkonortium unter der Führung des französischen Epministers Rouvier geplante Abschluß einer „maslierten Anleihe“ gescheitert zu sein! Wenigstens wird aus Paris mitgeteilt, daß die „Gesellschaft“, welche diese Anleihe durchführen sollte, beinahe endgültig gegründet war, als von der französischen Regierung den Gründern bekannt gemacht wurde, daß im Falle der Finanzierung der Anleihe das Ministerium ein Gefeg gegen verkappte Anleihen einbringen würde! Die über Interneta in den „höheren Sphären“ ausgebreitet informierte „Strana“ erzählt, vor wenigen Tagen habe die Regierung vom Auslande her die Mitteilung erhalten, daß die Aufnahme der Anleihe in keinem Falle gelingen kann, falls die zweite Duma aufgelöst wird!

Jwar hängt ja der Ausgang der Revolution nicht von Nikolaw, Stolypin oder Koloßoff noch von irgend welchen Liberalisierenden russischen Hoffnungen ab, indessen sind die angeführten Tatsachen doch wichtig, weil sie klar zeigen, in wie hohem Maße der Erfolg oder Mißerfolg der Regierung in der Anleihefrage für Rußlands innere Politik ausschlaggebend ist.

Attentate.

Petrowski (Daghestan), 12. Januar. (W. L. V.) Heute ist hier der Polizeimeister Wschewnikow ermordet worden. Der Mörder ist entkommen.

Schawshopol, 13. Januar. Letzte Nacht wurde hier gegen den Polizeioffizier Slawinski eine Bombe geworfen. Slawinski war vorübergehend betäubt, ist aber unversehrt geblieben; seine Frau, ein Polizeisoldat und ein Wachmann erlitten Verletzungen. Bei der Verfolgung der Urheber des Anschlages warfen diese eine zweite Bombe; viele Revolvergeschosse wurden abgegeben. Infolge der Dunkelheit gelang es den Attentätern, zu entkommen.

Aus der Partei.

Vom Fortschritt der Arbeiterpresse. Seit dem Beginn der Wahlbewegung hat die „Magdeburger Volksstimme“ rund 1500 Abonnenten gewonnen, so daß die Abonnentenzahl auf über 21 000 gestiegen ist.

Genosse Gauth ist am 2. Januar von der Festung Rastatt nach Köln überführt worden, da in Rastatt für Einzelhaft nicht die genügenden Einrichtungen vorhanden sind.

Personalien. Genosse Jentler, langjähriger Redakteur der „Vielsefelder Volksmacht“ ist Parteisekretär für Bielefeld-Bielebrück geworden und an seine Stelle der Genosse W. Floerke-Lübed getreten.

Aus der italienischen Partei.

Rom, 10. Januar. (Fig. Ver.)

Der italienische Parteivorstand hat durch eine Abstimmung unter seinen Mitgliedern die beiden Propagandisten bezeichnet, die die Zentralkasse den Abteilungen zur Verfügung stellt. Für die politische Propaganda wurde unter vier Bewerbern Giovanni Verda mit 21 von 30 Stimmen gewählt, für die gewerkschaftliche unter fünf Bewerbern Senofonte Entrata mit 24 Stimmen. Außerdem wird nach der Abhaltung des demnächst in Reapel zusammen tretenden süditalienischen Parteitag ein weiterer Propagandist für Süditalien bestellt werden, so daß mit dem Ison unter dem vorigen Parteivorstand gewählten Abgeordneten A. Volodi der Parteileitung dann vier Propagandisten zur Verfügung stehen, die wenigstens den wichtigsten Anforderungen der Sektionen gerecht werden dürften.

Die japanischen Sozialisten haben an die Genossen in den Vereinigten Staaten ein Schreiben gerichtet, in dem sie Stellung nehmen zu der Bewegung gegen die Japaner in den Staaten am Pazifikozean. Sie erklären sich diese Bewegung zum Teil aus Rassevorurteilen und bitten um die Ansicht der amerikanischen Genossen. Ferner erwarten sie, daß die Partei in den Vereinigten Staaten Fühlung mit den Gewerkschaften nehmen werde, um eine befriedigende Lösung dieses Problems vorzuschlagen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die beleidigten Breslauer Ratsherrn. Zu 300 Mark Geldstrafe wurde Genosse Friedrich Mehrlein am Freitag vom Breslauer Schöffengericht verurteilt, weil er nach den Aufzeichnungen eines Polizeikommissars die Breslauer Ratsherrn in einer Versammlung von Straßenbahnern beleidigt haben soll.

Die Verurteilung gründet sich auf die Aufzeichnungen eines Polizeikommissars, deren Richtigkeit der Angeklagte und sein Entlastungszeuge, der Vorsitzende der Versammlung, entschieden bestritten. Trotzdem hielt der Gerichtshof die Beleidigung für erwiesen, obgleich schon so oft die Unzuverlässigkeit polizeilicher Versammlungsberichte erwiesen wurde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Mit der Aussperrung der Holzarbeiter haben die Unternehmer einen Kampf begonnen, der in seiner Art eine Neuheit auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Kämpfe ist. Mit Aussperrungen sind ja die Unternehmer meist schnell bei der Hand. Daran sind wir seit Jahren gewöhnt. Aber daß eine Aussperrung so grundlos vom Jaune gebrochen wurde wie in diesem Falle, das ist unfektes Wissen doch noch nicht dagewesen. Sonst war es doch immer ein Streik oder sonst eine Differenz mit einem Teil der Arbeiter, was die Unternehmer veranlaßte, eine allgemeine Aussperrung ins Werk zu setzen. Der Aussperrung der Holzarbeiter aber ist nichts Derartiges vorausgegangen. In keiner einzigen Tischlerei Berlins haben die Arbeiter Forderungen gestellt, keinem einzigen Unternehmer ist ein Streik in Aussicht gestellt worden, in keinem Betriebe ist irgend eine Differenz zutage getreten. Und doch werden Tausende von Tischlern, Bildhauern, Drechslern, Maschinenarbeitern usw. ausgesperrt!

Was die Unternehmer in der Holzindustrie veranlaßt hat, den Arbeitern den Krieg zu erklären und mit einem Angriff gegen den Holzarbeiterverband vorzugehen, das ist — wie wir aus der neuesten Nummer der „Nachzeitung“ der Tischlermeister usw. sehen — die Befürchtung, es könnte (!) in der Zukunft „hier und da und dort“ zu einem Streik kommen, bei dem Forderungen erhoben werden, welche den Verbesserungsansprüchen entsprechen, die der Holzarbeiterverband in einem neu abzuschließenden Vertrage aufgenommen zu sehen wünschte. Also nach dem Willen der Unternehmer sollen 10 bis 20 000 Arbeiter ausgesperrt werden, weil ein Teil der Arbeiter vielleicht später einmal streiken „könnte“. — Was würde man wohl sagen, wenn 10—20 000 Arbeiter einen Streik ins Werk setzten, einzig und allein deshalb, um den Unternehmern die Verpflichtung abzumögen, daß sie in den nächsten zwei bis drei

Jahren die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtern. Jedermann würde ein solches Vorgehen für eine Torheit erklären und den Arbeitern sagen: Wartet doch erst ab, ob Verschlechterungen eintreten, dann könnt ihr sie immer noch abwehren. — Die Taktik aber, die man bei den Arbeitern für töricht und unbedeutend halten würde, befolgen die Tischlermeister mit der gegenwärtigen Aussperrung. Durch diese Aussperrung soll der Holzarbeiterverband gezwungen werden, einen Vertrag mit den Unternehmern abzuschließen, durch den der Verband sich verpflichtet, während der nächsten Jahre auf jede Verbesserung der augenblicklichen Löhne und Arbeitsbedingungen zu verzichten. Das verlangen diese Unternehmern, die sich ganz gewiß dagegen bewahren würden, wenn ihre Stundlohn sie zwingen wollte, einen Vertrag einzugehen, durch den sich die Tischlermeister verpflichten, die heutigen Preise ihrer Produkte für einige Jahre unverändert beizubehalten. — Kein Unternehmer wird sich das Recht nehmen lassen, die geschäftlichen Vorteile, welche ihm die Konjunktur bietet, nach Möglichkeit anzuzummen. Wenn aber der Arbeiter hinsichtlich der Verwertung seiner Arbeitskraft das gleiche Recht in Anspruch nimmt, welches der Unternehmer in seinem Geschäft als etwas Selbstverständliches ansieht, dann soll das nicht gelten, dann soll der Arbeiter durch Aussperrungen gezwungen werden, auf sein Recht zu verzichten.

Wir wissen nicht, ob die Furcht der „Nachzeitung“ vor künftigen Streiks durch Tatsachen begründet werden kann. Was der Holzarbeiterverband in der Zukunft vielleicht unternehmen könnte, das ist uns nicht bekannt. Wir würden es aber einer Arbeiterorganisation sehr verargen, wenn sie nicht alles daran setzte, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder nach Möglichkeit zu verbessern. Wenn die Tischlermeister glauben, daß sie in einer streiklosen Zeit mit Streiks zu rechnen haben, und wenn ihnen die Streiks unangenehm sind, so haben es ja die Unternehmer in der Hand, durch Abschluß eines Vertrages sich vor Streiks zu sichern. Das wollen die Unternehmer in der Holzindustrie auch und deshalb sperren sie ja die Arbeiter aus, um sie zum Abschluß eines Vertrages zu zwingen. Nicht etwa, daß es die Arbeiter sind, die, um in Zukunft „hier und da und dort“ streiken zu können, den Abschluß eines Vertrages nicht wollen. Der Holzarbeiterverband ist ebenfalls damit einverstanden, daß zwischen ihm und der Arbeitgeberorganisation wieder ein Vertrag zustande kommt. Darin aber geben die Absichten der beiden Parteien auseinander, daß der Holzarbeiterverband den Vertrag unter der Bedingung gleichzeitiger Verbesserungen erneuern will, während die Unternehmer den Arbeitern einen Vertrag ohne jede Verbesserung aufzwingen wollen. Ein Verlangen, wie es in diesem Falle die Unternehmer stellen, widerspricht dem Wesen des Vertragsverhältnisses. Kann man da überhaupt noch von einem Vertrage, von einer Vereinbarung zwischen gleichberechtigten Kontrahenten sprechen, wenn die eine Partei bestimmt, was in den Vertrag hinein soll und die Wünsche der Gegenpartei gar keine Berücksichtigung finden?

Wenn sich die Unternehmer vor etwaigen künftigen Streiks der Holzarbeiter so sehr fürchten, daß sie jetzt schon den Kampf gegen Streiks führen, die in der Zukunft vielleicht kommen könnten, so läßt das darauf schließen, daß der Holzarbeiterverband — auch nach der Annahme der Unternehmer — die Möglichkeit und auch die Kraft hat, künstliche günstige Situationen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit Erfolg anzuzummen. Wenn nun der Holzarbeiterverband mit den Unternehmern einen Vertrag auf mehrere Jahre abschließt, so begibt er sich dadurch der Möglichkeit, günstige Konjunkturen während der Vertragszeit im Interesse seiner Mitglieder anzuzummen. Soll aber eine starke und leistungsfähige Arbeiterorganisation, wie es der Holzarbeiterverband ist, für längere Zeit auf die gelegentliche Ausnutzung der Konjunktur verzichten, dann muß ihm die andere Vertragspartei eine Gegenleistung bieten in Gestalt einer entsprechenden Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Das ist das Wesen des Vertragsverhältnisses. Die Unternehmer sind sicher vor Streiks und dafür wird den Arbeitern eine angemessene Verbesserung ihrer Lage geboten. In allen Gewerben, wo Verträge zwischen Arbeitern und Unternehmern bestehen, haben wir gesehen, daß immer, wenn der Vertrag abgelaufen war und der Abschluß eines neuen Vertrages gewünscht wurde, den Arbeitern günstigere Bedingungen, als sie unter dem alten Vertrage hatten, zugestanden worden sind. Mit dieser Tatsache hat bisher jede Vertragspartei gerechnet.

Nun kommen die Unternehmer in der Holzindustrie her und verlangen vom Holzarbeiterverband, daß er mit ihnen einen Vertrag abschließt, wie sie, die Unternehmer, ihn wollen. Der Angriffskampf, der unter dieser Parole gegen den Holzarbeiterverband geführt wird, kann von keinem rechtlich denkenden Menschen, auch wenn er nicht der Arbeiterklasse angehört, gutgeheißen werden. Was die Führer der Tischlermeister wollen, das ist nichts anderes als eine vertragsmäßige Festlegung des veralteten Herrenstandpunktes, wonach der Unternehmer die Arbeitsbedingungen festsetzt und der Arbeiter sich zu fügen hat. Auf einen solchen „Vertrag“ könnte eine Arbeiterorganisation höchstens dann eingehen, wenn sie besiegt am Boden liegt. Daß aber die Unternehmer einen derartigen Sieg über den Holzarbeiterverband erringen könnten, ist völlig ausgeschlossen, auch wenn die Aussperrung ganz allgemein durchgeführt werden sollte.

Am Sonntag früh teilte die „Berliner Volkszeitung“ ihren Lesern mit, was schon längst bekannt war, nämlich, daß am Sonnabend die Aussperrung begonnen habe. Die Zahl der Aussperrten konnte die „Volkszeitung“ zwar nicht angeben, jedoch schrieb sie — jedenfalls auf Informationen aus den Kreisen der Unternehmer gestützt — es sei sicher, daß durch den Aussperrungsbeschluß der Unternehmerverbände 10 000, möglicherweise sogar 20 000 Arbeiter ihr Brot auf längere Zeit verlieren würden.

Zwischen sind am Sonntag die Zahlen der am Sonnabend Aussperrten durch die Kontrolle des Holzarbeiterverbandes genau festgestellt worden. Es sind ausgesperrt:

Table with 3 columns: Location, Number of workers, Number of workshops. Locations: Berlin (2812 workers, 394 workshops), Weiskopf (105 workers, 16 workshops), Rixdorf (200 workers, 49 workshops).

zusammen 3177 Arbeiter in 459 Werkstätten.

Die Wirklichkeit bleibt also hinter den als sicher bezeichneten Annahmen der „Volkszeitung“ noch sehr bedeutend zurück, jedoch ist auch die Zahl der Aussperrten bis jetzt noch lange nicht als abgeschlossen anzusehen. Viele Arbeitgeber, darunter solche mit sehr großen Betrieben, haben den Beginn der Aussperrung auf Montagabend (gestern) verschoben. Jedenfalls deshalb, um nicht den Wortwurf und die möglichen materiellen Nachteile des Vertragsbruches auf sich zu laden. Die Zahl der Aussperrten wird sich also heute noch wahrscheinlich erheblich vermehren. Es ist auch anzunehmen, daß mancher Unternehmer die im Gange befindlichen Arbeiten erst fertigstellen läßt und erst dann „ausperrt“, wenn er keine oder doch keine unauflösbaren Aufträge mehr zu erledigen hat. Ueber den tatsächlichen Umfang der Aussperrung wird man also erst in den nächsten Tagen einen Ueberblick gewinnen können.

Der Hirsch-Dunderische Gewerbeverein der Tischler hat sich in diesem Kampfe sofort als Streikbrecher-Organisation etabliert. Die Gewerbevereinsleitung hat nämlich mit den Unternehmern einen besonderen Vertrag vereinbart, dessen einzelne Bedingungen man der Öffentlichkeit nicht übergibt. Vermutlich schweben die diesbezüglichen Verhandlungen schon lange Zeit und haben dazu beigetragen, den Unternehmern den Rücken zu steifen. Wenn aber die Herren Hirsch und Konsorten ihre Hoffnung auf die Hirsch-Dunderische Streikbrecher-Gesellschaft gesetzt haben, mögen sie schleunigst einen Streik durch ihre Rechnung machen. Unter der Masse der Berliner Holzarbeiter spielen die paar Hirsch-Dunderianer trotz aller verzweifeltsten Anstrengungen keine Rolle.

#### Achtung, Gastwirtsgehülfen!

Nachstehend bezeichnete Gastwirte haben sich nachträglich verpflichtet, ihre Arbeitskräfte ausschließlich vom losen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirtsgehülfen zu entnehmen:

1. Wahlkreis: Hochbahn-Restaurant, Tempelhofer Ufer 30.
  2. Wahlkreis: Feuerschein Festsäle (Zuh. W. Kube), Alte Jakobstraße 75.
  3. Wahlkreis: O.: C. Krüger, Gesellschaftshaus, Gubenstr. 43.
  4. Wahlkreis: Moabit: Vittoria-Salon, Ferkelbergerstr. 14.
  5. Wahlkreis: Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen: C. Daase, Braumenstr. 164; D. Gramotte, Bergstr. 12; Schirms Festsäle (Wäbelnd), Wadstr. 10.
  6. Wahlkreis: Schönhauser Vorstadt: Wirtshaus zum Strauß, Poppel-Allee 25.
- Verband deutscher Gastwirtsgehülfen. J. A.: R. Zeiske, Dirschstr. 89 I.

Bei der gestrigen Wahl zum Kuratorium des Arbeitsnachweises der zum Verein der Brauereien Berlins und Umgegend gehörenden Brauereien wurden bei der Kategorie der Brauer für die Liste des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter Berlin I 682 Stimmen abgegeben. Auf die Liste der Bundesgenossen (blauwe Fische) fielen 215 Stimmen. Die seitens der Sektion II (Häckslerarbeiten) aufgestellte Liste wurde mit 1412 Stimmen gewählt; eine Gegenliste war nicht aufgestellt. Das Kuratorium des Arbeitsnachweises erhält dadurch eine ganz besondere Bedeutung, daß seine Mitglieder zugleich das Einigungsamt bilden.

**Achtung, Zink-, Zinn- und Bleigießer!** Die Firma Eduard Sachmann (Reister-Kammer) ist wegen Differenzen gesperrt. Der Vorstand des Vereins der Zink-, Zinn- und Bleigießer.

#### Deutsches Reich.

Die Warnung eines Arbeitswilligen durch einen Streikenden als Warnung anerkannt hat das Potsdamer Landgericht, und das Kammergericht mußte wohl oder übel als Revisionsinstanz die Freilassung des Angeklagten wegen der „tatsächlichen Feststellung“ passieren lassen. Der Arbeiter Holzbom, der zu den Streikenden einer Motorenfabrik gehörte, hatte einem Arbeitswilligen zugeredet, sich doch der Bewegung anzuschließen, und hatte schließlich bemerkt, es könnte ihm sonst leicht passieren, daß er aus der Fabrik verschwinden müsse, wenn die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen. J. wurde wegen Verursachung auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung in erster Instanz zu einem Tage Gefängnis verurteilt, vom Landgericht Potsdam als Berufungsinstanz dann aber freigesprochen: Eine Drohung im Sinne des § 153 sei in den Worten des Angeklagten nicht zu sehen. Eine Drohung müsse die Androhung eines Übels umfassen. Es sei hier jedoch dem Angeklagten nicht zu widerlegen, daß er den Arbeitswilligen nur habe warnen wollen. Der Zeuge (der Arbeitswillige) sage selbst, Angeklagter sei ihm nicht feindselig gesinnt. Zudem lehre auch die Erfahrung, daß oftmals die Arbeitswilligen entlassen würden, wenn die Ausständigen die Arbeit wieder aufnehmen. — Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft. Sie scheltete an den tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts.

Eine allgemeine Lohnbewegung beabsichtigen die Schneider in Nürnberg. Für die kommenden Frühjahr durchzuführen, wozu schon jetzt umfassende Vorbereitungen getroffen werden. In die Unternehmung wird die Forderung gestellt, daß die Tarife, die schon seit 1900/01 in Kraft sind und mit den veränderten Verhältnissen nicht mehr im Einklang stehen, entsprechend verbessert werden, außerdem sollen die Geschäfte für Maß- und Lagerkonfektion, sowie die Abhangungsgeschäfte, die Tarife überhaupt noch nicht haben, gezwungen werden, solche anzuerkennen.

#### Ausland.

##### Streik holländischer Hafnarbeiter.

300 Hafnarbeiter Amsterdams sind in der vorigen Woche in den Streik getreten. Sie waren bei der Schiffahrtsgesellschaft „Ocean“ tätig und legten die Arbeit nieder, weil drei Arbeiter fest angeheftet wurden, die nach den für die Arbeitsverteilung geltenden Regeln kein Recht dazu hatten. Die Gesellschaft sucht durch solche Maßnahmen offenbar einen festen Stamm arbeitswilliger Leute zu gewinnen. Den Streikenden werden die Arbeitsbücher vorenthalten, wodurch sie von jeder anderen Arbeit im Hafen ausgeschlossen werden sollen. Es scheint jedoch, daß es binnen kurzem zu einer Einigung zwischen den Parteien kommen wird.

Der Streik der 300 Kohlenträger im Hafen von Rotterdam, über den kürzlich eine Depesche berichtete, ist mit Erfolg beendet worden. Es handelte sich hierbei um höhere Bezahlung für Wartezeit und das ist den Streikenden denn auch zugesprochen worden. Ein Uebereinkommen wurde abgeschlossen, das den Arbeitern auch noch andere Vorteile sichert.

##### Christlichsozialer Streikbrecherverein in Ungarn.

Im vorigen Jahre gründeten Hasenbewußte Bergarbeiter sich ein Fachorgan in Hünfischen, welches den Unternehmern bald durch scharfe Kritik der dort herrschenden grauenhaften Verhältnisse auf den Grund unliebsam bemerkbar machte. Die Absicht der dortigen Bergarbeiter, einen Verband zu gründen, wurde vereitelt, indem einfach die ungarische Regierung zur großen Freude der Unternehmer das Statut nicht billigte. Zu ihrem Leidwesen kann man aber das Fachorgan nicht ebenso unterdrücken. Es war nun guter Rat teuer, wie man die wachsende Bewegung der Bergarbeiter unterdrücken und ihren gerechten Forderungen ausweichen könne. Zum guten Glück erinnerten sie sich an ein altes ungarisches Sprichwort, das lautet: „Wißt du ungestraft etwas Schlechtes tun, so verbinde dich mit dem Teufel oder einem Pfaffen.“ Ein Bergingenieur spielte den Rephithophelen; er etablierte sich als christlich nationaler Agitator, und Pappas, so ist der Name dieses Mannes, fand bald den richtigen Bundesgenossen. Der Pfarrer Krištof von Pécs-Bánpátelep stellte sich ihm mit Freuden zur Verfügung, Gegenmännern zu Hagen, die aufstrebende Arbeiterbewegung niederzuhalten. Am 30. Dezember vorigen Jahres gingen sie an die Ausführung ihres sauberen Planes. Im Pfarrhause wurde eine Konferenz einberufen, zu welcher einige als Werkstatteuren bekannte Arbeiter kommandiert wurden und hielt der Pfarrer folgende Ansprache: „Liebe christliche Gläubige! Wir haben Euch zu dem Zwecke hierher gerufen, damit wir einen Verein, und zwar einen christlichsozialen Verein, gründen, damit wir uns Leute heranziehen, die dazu berufen sind, bei einem etwaigen Streike den Betrieb aufrecht zu erhalten und sind zu diesem Zwecke nicht mehr als hundert Mann nötig.“ Unter den Eingeladenen befand sich aber auch ein Mann, der mit seiner unterdrückten Kameraden fühlte und die Gründung des neuen Streikbrechervereins meldete. Der „Bergarbeiter“, das Fachorgan der ungarländischen Bergarbeiter, berichtet nun in seiner Nummer vom 6. Januar d. J. Vorstehendes und verweist sich darüber, wie ein Pfarrer sich zu solchen Judasstreichen hergeben kann. Doch wenn unsere Genossen in Ungarn die deutsche wie französische Gewerkschaftsbewegung studieren, werden sie herausfinden, daß in diesen Ländern es auch Pfarrer und Kapläne waren, die der Arbeiterschaft den Vorstoß leisteten. Nur

daß diese Kerisalen getriebener waren und wohl christlichsoziale Vereine gründeten, aber dabei sorgfältig beschworen, daß sie gern eine Streikbrechervereinigung haben möchten. Wenn in Ungarn erst eine M. Glöckbacher Filiale errichtet ist, wird Herr Krištof auch vorsichtiger zu Werke gehen. Möge man den Christlichsozialen bei den Wahlen die Arbeiterfreundlichkeit ihrer Parteigenossen in Ungarn gehörig unter die Nase reiben.

#### Der Streik in Jougères.

Paris, 12. Januar. (Fig. Ver.)

Der Versuch der Unternehmer, den Betrieb wieder aufzunehmen, ist gänzlich fehlgeschlagen. Auch die Schwachherzigen, die Mittwoch früh in die Fabriken gekommen waren, sind wieder ausgeblieben. Es wurden in sämtlichen 30 Werkstätten nur 82 Arbeiter gezählt, ein Ergebnis, das bei einer 8000 Arbeiter umfassenden Arbeitslosigkeit, die nun schon in den vierten Monat geht und bei den Umtrieben der Unternehmer und der von ihnen bezahlten „Gelben“ wahrhaft glänzend ist.

Die Regierung zeigt eine löbliche Unparteilichkeit. Da der Bürgermeister, der sich gänzlich den Ausbeutern verschrieben hatte, bei seinen provokatorischen Maßnahmen ihrem Einspruch begegnete, ist er mit dem ganzen Gemeinderat zurückgetreten. Die erste Tat des Präfecten, dem nun die provisorische Verwaltung der Stadt zufiel, war die Freigebung der Stadthalle für die Streikversammlungen. Sie machte allen lärmenden Szenen und Konflikten auf der Straße sofort ein Ende. Aber die Unternehmernpresse klagt die Regierung an, daß sie vor den „Feinden der Ordnung“ kapituliert habe.

Mit dem Streik von Jougères steht wohl auch im Zusammenhang, daß der Ministerrat den Justizminister beauftragt hat, einen Entwurf über die Aufhebung der Art. 415 und 418 des Strafgesetzbuchs auszuarbeiten, die die „Reinrichtung der Arbeitsfreiheit“, d. h. den privilegierten Schutz des Streikbruchs zum Gegenstand haben. Ob das Bourgeoisparlament so ganz auf dieses Volkwerk des Profitmachertums wird verzichten wollen, bleibt allerdings fraglich.

Ein Streik der Straßenbahnangestellten ist in Nizza ausgebrochen. Der Betrieb ruht vollständig.

Guade! Von den 40 Polizeibeamten in Louss, welche im Zusammenhang mit dem letzten Ausstand ihrer Kammer entlassen worden waren, hat der Präfect 33 wieder eingestellt.

## Soziales.

### Was ist die Ursache der Landflucht?

Darauf gibt ein ländlicher Leser im schwarzen „Regensburger Anzeiger“ folgende Antwort: Die Stadtmädchen lassen sich von den gnädigen Frauen in der Stadt nicht mehr tyrannisieren, man sucht deshalb Mädchen vom Land, die noch etwas dümmere sind. Bald aber wird das Mädchen vom Land auch heller und es läuft davon. Auf diese Weise werden immer neue Mädchen vom Land geholt, die dann schließlich zur Fabrikarbeit übergehen. Entrüstet fährt dann der Einseiner fort: „Wenn die Herrschaften in der Stadt so viel und so schwere Arbeit haben, dann müssen sie sich halt mehr Personal nehmen und nicht alles oft nur einer Person aufbürden. Der viel Arbeit hat und selbst nichts tun will, der soll dann ganz einfach besser in seinen Sadel greifen.“

Das ist sehr richtig. Das bürgerliche Blatt magt aber ein Fragezeichen hinter den Ausführungen seines Lesers. Warum?

## Aus Industrie und Handel.

Kapitalkonzentration und Kapitalverteilung. Die Kapitalkonzentration in immer weniger Hände ist eine Tatsache, die oft genug statistisch nachgewiesen worden ist. Reist investiert der Kapitalist sein Geld in einer großen Anzahl von Unternehmungen, um so gegen alle Zufälle gesichert zu sein. Was das eine gewagte Unternehmen vielleicht auftritt, bringen die anderen nebenher wieder mit herein. In welchem Maße jedoch diese Verteilung der einzelnen Kapitalisten an den bestehenden Unternehmungen stattfindet, dafür fehlt jeder Nachweis. Es ist auch schwer, solche Nachweise aufzustellen, weil einige Formen der Kapitalassoziationen derart sind, daß die eigentlichen Besitzer zum großen Teile gar nicht bekannt sind. Bei den Aktiengesellschaften ist zum Beispiel die große Masse der kleinen Aktionäre gänzlich unbekannt, da die Aktien jeden Tag an der Börse gehandelt werden und alle Tage von Hand zu Hand gehen. Nur gelegentlich der Generalversammlungen und der Dividendenverteilung wäre es möglich, jeweils die Zahl der Besitzer ungefähr festzustellen. Wie weit aber diese Besitzer auch noch an anderen Unternehmungen beteiligt sind, ist schon eine fast unlösliche Aufgabe.

Das Bureau of Statistics of Labor des Staates Massachusetts hat es unternommen, mit Hilfe der Direktionen der Unternehmungen eine Uebersicht aufzustellen, aus der für die Stadt Boston und ihre nähere Umgebung ersichtlich ist, an wie vielen Unternehmen jeder der Aktionäre beteiligt ist.

An den vorhandenen Gesellschaften waren 4862 Personen beteiligt als Direktoren, Bevollmächtigte, Kuratoren, Aufsichtsräte usw., die natürlich stets Besitzer sind; und zwar waren von ihnen beteiligt 3142 an nur einer Gesellschaft, 710 an je zwei, 353 an je drei Gesellschaften usw. Die 10335 Anteile, in die das Kapital der Gesellschaften geteilt ist, besitzen nur 4862 Personen, so daß durchschnittlich jeder der Aktienbesitzer an etwas über zwei Gesellschaften interessiert ist.

Die Statistik der Geschäftsbetriebe hat übrigens nach „Labor Bulletin of the Commonwealth of Massachusetts“, Dezember 1900, in Massachusetts eine von Jahr zu Jahr zunehmende Verminderung der privaten Firmen und eine steigende Zahl der Gesellschaften festgestellt.

Berliner Grundstücks- und Hypothekemarkt. Der Verein Berliner Grundstücks- und Hypothekemarkt gibt in seinem Jahresbericht eine Zusammenstellung, nach welcher sich der Gesamtumlay an bebauten und unbebauten Grundstücken im verfloffenen Jahre auf 1 174 495 000 M. stellt, gegen 1 175 207 000 M. im Vorjahre. Für das letzte Jahr ist die Aufstellung aber noch nicht vollständig. Aus vier Orten, die im vorigen Jahre einen Umsay von 21 750 000 M. aufwiesen, fehlen die diesjährigen Fikern noch vollständig. Im Bericht wird dazu bemerkt:

„Es ist bedauerlich, daß wir obige Tabelle nicht vervollständigen können, und daß uns besonders für die Vororte Zehlendorf, Schmöckendorf und Panlow die Angaben fehlen. Schätzen wir die Umsätze dieser Vororte auf circa 25 Millionen Mark, so würde sich der diesjährige Gesamtimmobilienumsay von Groß-Berlin auf die riesenhafte Summe von circa 1 Milliarde 200 Millionen Mark stellen. Diese Fikern hätten sich zweifellos noch erheblich erhöht, wenn das Hypothekengeschäft mit dem Immobilienverkehr gleichen Schritt gehalten hätte. Zu Beginn des Jahres ließ sich das Geschäft ganz zufriedenstellend an, doch mit der Algeriras-Konferenz und deren schwanenblenden politischen Phasen flokte allmählich der Pfandbriefabfall der Banken, durch den damals gleichzeitig beginnenden verheerenden Geldstand, welcher auch bis zum Jahresende ohne Unterbrechung anhält. Die Unterbringung von Hypothekenspfandbriefen war um so schwieriger, als die Placierung aller selbständigen Werte unter der Ausgabe neuer industrieller Aktien, welche bedeutend mehr Kapital als im vorigen Jahre beanspruchte, zu leiden hatte.“

## Aus der Frauenbewegung.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Brit. Donnerstag, 17. Januar, Vortrag des Genossen Händel: „Jesus und Christentum.“

Panlow. Die Versammlung bei Großfurt für diesen Monat fällt aus. Die Frauen werden ersucht, dafür recht zahlreich in den Versammlungen der Männer am Dienstag, im Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 3/4 und im Paradiesgarten, Kaiser Friedrichstraße 12, zu erscheinen.

## Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 69 folgende Beiträge ein: Krankenunterstützungsverein sämtlicher Verufe, Berlin Bez. II 20.—, Sparverein „Glückauf“ durch Fietich 20.—, Sechserklasse der Ruffcher der Holzbeard, Robert Saldost, Köpenickerstraße 5.—, Berliner Schneiderei-Genossenschaft „Hoffnung“, 1. Rate 25.—, vom Bau Rudolf Deryog, Brüderstraße, durch W. 20.—, von Mitgliedern des Arbeiter-Turnvereins Adlershof 15.—, Berliner Arbeiter-Radsportverein, Fund „Solidarität“, 2. Rate 60.—, Rabiger von Krauschau, Jägerstraße 8,30, Walter der Firma Hauser, Rigdorf 6,80, Dreherei von Schäfer u. Hauser durch Ziegler, 2. Rate 5,35, Verbandsmitglieder der Buchdruckerei Hempel 31,65, Gesammelt v. Mitgl. d. A. A. B. „Freiheit“, Berlin u. 3 Mitgl. der 8. Abt. des Turnvereins „Fichte“ 5,20, Ueberschuss d. Vertrauensmännerklasse d. Kolleg. der Fa. Kassel, Alexandrinenstr. 105,6 10,35, Sechserklasse d. Bauhilfsverein Bartsch, Kopernikusstraße 10.—, Bierprojekte d. Tischlerei Heinrichs 30.—, Bela-Melrod 33,55, Gesamtpersonal der Buchdruckerei Sittenfeld, 2. Rate 115,25, Silberfeier Erker, durch A. H. Saal Degebrodt 8.—, Deögl, Saal Denning 8,20, vom letzten Wälderer, B. III. 8 h. 9 m. 5.—, Straßelder und Bierprojekte vom Personal der Schiffswerkstatt, Stralau 18,70, Zentralorganisierte Köpfer der Schönhauser Vorstadt 25.—, Zentralverband der Maurer Kaffelle Köpenick 100.—, Patienten der Heilstätte Beelig B. I 2,50, M. A. . . n, Friedenau 10.—, Jahnpenningklasse der Drahtweber Lerm und Ludwig, Tempelhof 5.—, Kempner von Dietrich, Mariannenstr. 20 8.—, Arbeiter-Schwimmklub „Repton“, Weihensee 10.—, Zentralisierte Lederarbeiter Berlin I, Weisgerber und Härber 100.—, Rudolph „Germania“, Fildinstrasse, M. d. A. A. B. 4,05, Schreyer, Paris 1,12, Zwei italienische Parteigenossen 10.—, Summa 732,32 M. Vereits quittiert 12 307,67 M. Summa 13 089,99 M.

Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegen genommen.

## Gerichts-Zeitung.

### Ungültige Vorschrift einer Versammlungsordnung.

Die Oberpräsidialverordnung für die Provinz Hannover vom 22. August 1900, betreffend die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage bestimmt in ihrem § 8: Während der Stunden des Hauptgottesdienstes an den Vormittagen der Sonn- und Feiertage kann die Verobreichung geistiger Getränke in den Gast- und Schankwirtschaften, mit Ausnahme der an Reisende, von den Ortspolizeibehörden untersagt oder beschränkt werden. Auf Grund dieser Bestimmung hatte es die Polizeiverwaltung von Papenburg den Gast- und Schankwirtschaften verboten, während der genannten sonn- und feiertäglichen Vormittagstunden geistige Getränke (ausgenommen an Reisende) zu verabreichen. Der Gastwirt Duntze richtete sich nicht danach und wurde deshalb angeklagt. Das Landgericht Osnabrück verurteilte ihn auch zu einer Geldstrafe. Das Kammergericht gab dieser Tage der Revision statt und sprach ihn frei, indem es den § 8 der zitierten Verordnung für ungültig erklärte. Begründend wurde ausgeführt: Es handelte sich hier um eine Verordnung zum Schutze der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Feiertage. Es frage sich deshalb, ob sich die Vorschrift des § 8 im Rahmen eines solchen Schutzes halte. Das sei nicht der Fall. Allerdings habe das Kammergericht schon Vorschriften für gültig erklärt, die ein solches Verbot für die sog. Brauweinwirtschaften ausdrecke, d. h. für Schenken, in denen ausschließlich oder doch vorzugsweise Brauwein verabreicht werde. Das sei aber etwas anderes. Da handelte es sich um schnell berauschende Getränke, und die Erfahrung lehre, daß aus derartigen Lokalen mit überwiegender Brauweinwirtschaft die Leute oft betrunken und stöbernd auf die Straße hinaussträten, daß es damit zu Aufläufen komme usw. Hier sei bei einem Ausschank während der Stunden des Hauptgottesdienstes die Gefahr der Störung der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Feiertage erheblich vorhanden. Das treffe aber nicht zu auf Lokale, wo vorzugsweise Bier oder Wein ausgeschenkt werde. Deshalb sei § 8 der angezogenen Verordnung, der ausnahmslos alle Gast- und Schankwirtschaften treffe, ungültig.

## Schiffskatastrophe in der Elbmündung.

Durch den furchtbaren Sturm am Sonntag ist bei der Insel Scharhörd in den ersten Morgenstunden das englische Vollschiß „Pengwern“ gestrandet, wodurch 24 Mann den Tod in den Wellen fanden. Aus Cuxhaven wird darüber folgendes gemeldet: Von dem Eisbreuchschiff I wird gemeldet, daß ein Vollschiß, dessen Name noch unbekannt ist, auf Scharhörd gestrandet ist. Ein Fischdampfer und ein Schlepper sind an der Unfallstelle. Nach einer weiteren Meldung ist von dem gestrandeten Vollschiß nur noch ein Stumpf vom Kreuzmast sichtbar. Die Besatzung ist anscheinend ertrunken. Der Schlepper „Vulkan“ ist mit einem Rettungsboot vom zweiten Feuerschiff unterwegs.

Cuxhaven, 13. Januar. Das bei Scharhörd gestrandete große Vollschiß heißt „Pengwern“ und ist in Liverpool beheimatet. Es kam mit einer Ladung Salpeter von Talta (Chile). Die Besatzung ist ertrunken.

Ein späteres Telegramm meldet: Der Schlepper „Vulkan“, der dem auf Scharhörd gestrandeten englischen Vollschiß „Pengwern“ zu Hilfe eilte, berichtet: „Vulkan“ fuhr an dem „Pengwern“ ganz dicht vorbei, wobei die Besatzung des „Pengwern“ einen lebenden Hund sowie einen Anzug auf das Deck des „Vulkan“ warfen, der ganz trocken daselbst ankam. In dem Anzug befand sich ein Taschentuch mit dem Namen G. R. Davies. Der Aufforderung, ins Wasser zu springen, um ihre Rettung zu ermöglichen, leistete die Besatzung des „Pengwern“ keine Folge. Der Vulkan fuhr dann nochmals dicht an dem „Pengwern“ vorbei, wobei er mittelte, daß er das Rettungsboot von dem zweiten Eisbreuchschiff herbeiholen werde. Als der „Vulkan“ den Rückweg vom Eisbreuchschiff zur Hälfte zurückgelegt hatte, ging eine schwere See über den „Pengwern“ hinweg, der dann verschwand, wobei die auf dem Hinterteil des Schiffes befindliche 24 Mann starke Besatzung ihren Tod in den Wellen fand. Es heißt, daß sich auch ein englischer Leise in Bord des „Pengwern“ befand.

Noch ein Schiffsunglück. Die Boermann-Linie teilt mit: Laut Telegramm aus Lome ist am 8. d. Mts. der von Duala nach Hamburg abgegangene Dampfer „Lucie Boermann“ unweit Lome im Nebel gestrandet. Die Post und die Passagiere sind in Lome gelandet. Das Schiff ist dicht, aber der Ruderstaben und das Ruder sind gebrochen. Der Dampfer „Hans Boermann“ versucht den gestrandeten Dampfer abzuschleppen. Die Dampfer „Alexandra Boermann“ und „Henriette Boermann“ sind außerdem zur Hilfeleistung beordert, letzterer ist inzwischen von Logos gestern nach Lome abgegangen.

Wasserstand am 13. Januar. Elbe bei Ruffa — Meter, bei Dresden — 1,03 Meter, bei Raasdorf + 2,36 Meter, bei Riesa — 1,14 Meter, bei Straußfurt — Meter. Oder bei Ratibor + 1,80 Meter. — Reichenmündung + 2,90 Meter. — Oder bei Beleg + 2,90 Meter. — Oder bei Dreeslaw Unterpögel — 0,66 Meter.



# 1. Wahlkreis.

Heute Dienstag, den 15. Januar, abends 8 Uhr:

## 2 Wählerversammlungen

in folgenden Lokalen:

**Beyer**, Fischerstr. 25, und  
**„Arminhallen“**, Kommandantenstraße 20.

Tagesordnung: 1. Die Neuwahlen zum deutschen Reichstag.

Referenten: Rechtsanwalt **Dr. Oskar Cohn** und Gewerkschaftsbeamter **Kuntze**.

In beiden Versammlungen hält unser Kandidat **Dr. Leo Arons** Ansprachen.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die Einberafer.

## 2. Wahlkreis.

Am Dienstag, den 15. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr:

## 4 Wähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

**„Hoffäger-Palast“**, Hasenheide 5253, Referent: Rechtsanwalt **Wolfgang Heine**,  
**Gohmanns Festsäle**, Kreuzbergstr. 48, Referent: Stadtverordneter **Paul Dupont**.

Am Mittwoch, den 16. Januar 1907, abends 8 1/2 Uhr:

**„Goh-Bräuerei“**, Tempelhofer Berg, Referent: Parteisekretär **Fritz Ebert**,  
**Jühlkes Festsäle**, Denuwibstraße 13, Referent: Redakteur **H. Ströbel**.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Diskussion.

Frauen haben Zutritt. — Zahlreichen Besuch erwartet

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

208/5\*

## 3. Wahlkreis!

Dienstag, den 15. Januar, abends 8 Uhr:

## 2 Wählerversammlungen

in folgenden Lokalen:

**Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15. Referent: Genosse **Karl Liebknecht**,  
**Frankes Festsäle**, Sebastiansstr. 39. Referent: Genosse **Fritz Ebert**.

Tages-Ordnung:

1. Der bevorstehende Wahlkampf. 2. Freie Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

240/5\*

## 5. Wahlkreis.

Am Dienstag, den 15. Januar 1907, abends 8 Uhr:

## Zwei große öffentliche

## Wähler-Versammlungen

in den

**Musiker-Sälen**, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.  
**Lipps' Brauerei**, Am Friedrichshain.

Tages-Ordnung:

1. Der Kampf gegen den Regierungsabsolutismus und dessen Helfershelfer.

2. Diskussion.

Referenten: **Georg Ledebour**, **Heinr. Ströbel**, **Otto Wels**.

Alle Wähler des 5. Kreises sind zum Besuch der Versammlungen hiermit eingeladen.

Das Wahlkomitee.

245/4\*

## 6. Wahlkreis.

## 5 öffentl. Wählerversammlungen

Heute Dienstag, den 15. Jan., abends 8 Uhr:

**Ballschmieder**, Badstr. 16. — **Raabes Salon**, Kolbergerstraße 23.

**Swinemünder Gesellschaftshaus**, Swinemünderstr. 42

**Artus-Hof**, Perlebergerstraße 26. — **Kronenbrauerei**, Alt Moabit 47-49.

Tages-Ordnung: **Der Wahlkampf**.

Referenten sind die Genossen: **Basner**, **Haß**, **Hugo Heimann**,  
**Albert Kohn**, **Rehbein**.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Das Wahlkomitee.

246/10

## Genossinnen! 6. Wahlkreis. Genossen!

Dienstag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, bei **Witte**, Brunnenstraße 188:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das Frauenstimmrecht. Referent: Genossin **Otilie Baader**. 2. Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwartet

1/3\*

Die Vertrauensperson.

# Charlottenburg.

Dienstag, 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

## 12 öffentliche Volksversammlungen

Eine in den **Prachtsälen des Westens**, Spichernstr. 4. im Restaur. **S. Garnisch**, Winkelscheidstr. 24/25.

Drei im **„Volkshaus“**, Rosinenstr. 3. „ „ **G. Zahmann**, Taurroggenstr. 10.

Zwei in **Schulz' Festsälen**, Kaiser Friedrichstraße 24. „ „ **Georg Felsmann**, Neuchlinstr. 6.

„ „ **Wilh. Siffhan**, Kaiserin Augusta-Allee 25.

„ „ **Wilh. Wuthstrack**, Deuffelstr. 90.

Tages-Ordnung:

1. Wem geben wir unsere Stimme am 25. Januar? 2. Diskussion.

Referenten: **Dr. Borchardt**, **Casper**, **Kurt Eisner**, **A. Gebert**, **A. Mohs**,  
**Stadt. C. Obst**, **Dr. Rosenfeld**, **J. Rosenthal**, **M. Straffer**, ufo.

In diesen Versammlungen sind hiermit die Vertreter jeder Parteiinstanz geladen und wird denselben volle Redefreiheit zugesichert. Darum, Männer und Frauen Charlottenburgs, erscheint alle zur Versammlung. Da alle vier Versammlungen am 8. Januar polizeilich abgesperrt waren, so erlauben wir um zeitiges Erscheinen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

## Schöneberg!

Dienstag, den 15. Januar, abends 8 Uhr:

## 3 Volks-Versammlungen

in den Lokalen:

**E. Obsts Festsäle**, Meiningenstr. 8. | **Wilhelmshof**, Ebersstraße 80.

**Klubhaus**, Hauptstraße 5-6.

Referenten sind die Genossen: **Julian Borchardt**, **Julius Kohn**, **Dr. Silberstein**.

15/3

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

## Rummelsburg.

## 2 öffentl. Wählerversammlungen

am Dienstag, den 15. Januar, abends 8 Uhr,

im **Café Bellevue**,

am Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr,

in den **Prachtsälen des Ostens**, Frankfurter Allee 151/152.

Tages-Ordnung:

## Der Reichstags-Wahlkampf.

Referenten: Die Arbeiterskretäre **Bauer** und **Müller**.

Freie Diskussion.

Das Wahlkomitee.

## Achtung!

## Achtung!

## Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Am Mittwoch, den 16. d. M., abends 8 Uhr, finden im gesamten Zweigverein die

**Delegiertenwahlen zum 9. Verbandstage** statt.

Die **Versammlung der Maurer** (Zahlstelle Berlin)

findet bei **Freyer** (früher **Keller**), Kopenstr. 20, statt.

Tages-Ordnung:

1. Delegiertenwahl zum Verbandstage. 2. Bericht der Schiedskommission und Neuwahl derselben.

3. Verschiedenes.

## Sektion der Putzer!

Die **Bezirks-Versammlungen** für Monat Januar finden wegen der am Mittwoch tagenden Mitglieder-Versammlungen in sämtlichen Berliner Bezirken und den Vororten am **Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr**, in den bekannten Lokalen statt.

Die Tages-Ordnung in diesen Versammlungen ist die bevorstehende Neuwahl der örtlichen Verwaltung.

Um zahlreiches Erscheinen erlauben

Die Obmänner.

Die **Sektion der Putzer** tagt Mittwoch, den 16. Januar, von 7 Uhr ab in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 20, und ist zunächst Vortrag des Kollegen **Eng. Simanowski** über das Thema: „Welche Vorteile bietet eine Zentralisation der Krankenkassen für die Versicherten?“

Im Anschluß daran finden die Wahlen der Verbandstagsdelegierten statt.

## Die Versammlung der

## Sektion der Gips- und Zementbranche

tagt im **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Delegierten zum 9. Verbandstage. 2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Verbandsbuch resp. Legitimationkarte legitimiert!

Kollegen! Wir erwarten vollständiges und pünktliches Erscheinen. — Gültig für guten Besuch der Versammlungen! — Kein Kollege darf fehlen!

136/5\*

Der Zweigvereinsvorstand. A. H.: **Emil Thöns**.

**Höbelfabrik Berolina**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Mittwoch, den 30. Januar 1907, abends 6 Uhr,

im Geschäftslokal, Boxhagenstr. 15 a:

**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Revision. 2. Bilanz. 3. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 4. Geschäftliches.

105/2

Der Vorstand.

Soeben erschien

eine billige Volksausgabe des vorzügl. Romans

## Der Sumpf

von **Upton Sinclair**.

Roman aus Chicagos Schlachthäusern.

Der Preis beträgt nur 1.80 M.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68,

Lindenstraße 69 (Laden).

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

In der bevorstehenden Reichstagswahl

am 25. Januar erhalten die Wähler keine besondere Einladung wie etwa bei den Landtagswahlen. Es muß sich deshalb ein jeder, der sein Wahlrecht ausüben will, mit entsprechender Legitimation versehen, um in zweifelhaften Fällen sich über seine Person ausweisen zu können. Personen, die sich nicht legitimieren können, kann der Wahlvorstand zurückweisen.

Nicht „unzeitgemäß“, aber „unzweckmäßig“! Die Verhandlungen, die in Berlin zwischen Freisinnigen und Konservativen über die Aufstellung gemeinschaftlicher Wahlkandidaten stattgefunden haben, werden in den Wählerversammlungen des Freisinn mit vorläufigem Stillstehen übergegangen. Desto offener wird hierüber in den Wählerversammlungen der Konservativen gesprochen, und mit dem Ausdruck lebhaftesten Bedauerns wird festgestellt, daß diese Verhandlungen gescheitert seien an der Kurzfristigkeit des Berliner Freisinn, der für einige Wahlkreise Berlins von einer Auffstellung möglichst vieler Kandidaten noch am ehesten die „Verhinderung der Wiederwahl eines Sozialdemokraten“ erwarte. In unserem Bericht über eine Versammlung im zweiten Kreis, die von den Konservativen veranstaltet worden war, haben wir am Sonntag mitgeteilt, daß auch hier der Plan einer freisinnig-konservativen Gemeinschaftskandidatur fallen gelassen worden sei, nachdem die Freisinnführer sich die Sache lange hin und her überlegt hätten. Dabei hat der Druckfehlerheul uns sagen lassen, die Freisinnigen hätten diesen Plan für unzeitgemäß erklärt. Wir berichtigen hiermit, daß statt „unzeitgemäß“ zu setzen ist „unzweckmäßig“. Nur als unzweckmäßig haben die Freisinnführer den Vorschlag der Konservativen bezeichnet. Unzeitgemäß wäre eine solche Gemeinschaftskandidatur keineswegs gewesen; sie wäre sogar sehr zeitgemäß, da der Freisinn ja den Nachweis seiner Befähigung, Schutztruppe der Regierung zu sein, inzwischen in so einwandfreier Form geliefert hat, daß die Konservativen in diesem Punkt mit ihm zufrieden sein könnten. Mit einem Nein hat der Freisinn nur die Frage beantwortet, ob Gemeinschaftskandidaturen für Berlin Erfolg versprechen. Aber diese Frage brauchte unseres Erachtens gar nicht gestellt zu werden. Ob die bürgerlichen Parteien getrennt marschieren oder vereint, das ist sehr gleichgültig — wenn sie, wie wir hoffen, allesamt von uns geschlagen werden. Mögen im zweiten Kreis unsere Genossen alles aufbieten, um am 25. Januar auch hier der Sozialdemokratie wieder den glänzenden Sieg über konservative und freisinnige Feinde der Arbeiterklasse zu erkämpfen, der ihr gebührt!

Im dritten Berliner Reichstagswahlkreis ist Rechtsanwalt Prederer von den Konservativen und der Mittelstandsvereinigung als nationaler Kandidat aufgestellt worden.

In dem Reichstagswahltableau,

das wir dieser Tage veröffentlichten, befinden sich verschiedene Irrtümer. So gehören die Häuser Hochstr. 37—46 zum 786. Wahlbezirk. Die Wähler wählen in der Turnhalle der 73/147. Gemeindegasse, Wiesenstr. 60. Dann werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß das Wahllokal für den Wahlbezirk 763 nicht Soldinerstr. 26 sein kann, sondern wohl Nr. 76 gemeint ist; auch die Nummer des Wahllokals für den 520. Bezirk stimmt nicht. Hoffmanns Lokal ist Kastanien-Allee 28 und nicht 82. Hoffentlich berichtigt der Magistrat diese Irrtümer noch.

Wählerversammlungen.

Erster Wahlkreis.

Heute abend 8 Uhr finden zwei Wählerversammlungen in den Aminhallen, Kommandantenstr. 20, und bei Meyer, Friedrichstr. 25, statt. In beiden Versammlungen hält unser Kandidat Genosse Dr. Arons Ansprachen.

Zweiter Wahlkreis.

Heute, Dienstag, 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei Wählerversammlungen in folgenden Lokalen statt: Hofjäger-Palast, Hofenheide 52/53. Referent: Rechtsanwalt Wolfgang Heine. Hofmanns Festsaal, Kreuzbergstr. 48. Referent: Paul Dupont. Am Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Hofbrauerei, Tempelhofer Berg. Referent: Parteisekretär Fritz Ebert. Jähles Festsaal, Dennewitzstr. 18. Referent: Redakteur S. Ströbel.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Dritter Wahlkreis.

Heute abend 8 Uhr finden im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, und in Frankes Festsaal, Schönhauserstr. 80, zwei Wählerversammlungen statt. Die Genossen Dr. Karl Liebknecht und Parteisekretär Fritz Ebert sprechen über den bevorstehenden Wahlkampf.

Vierter Wahlkreis.

Achtung! Bezirke, welche zu Niederbarnim wählen.

Dienstag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Wählerversammlung in den Prachtgärten des Ostens, Frankfurter Allee 151/152. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Redakteur Genosse Wormuth. 2. Diskussion.

Fünfter Wahlkreis.

Heute Dienstag, abends 8 Uhr: Zwei Wählerversammlungen: 1. in Lipps Brauerei, am Friedrichshain; 2. in den Musikter-Sälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m. Referenten: Ledebour, Ströbel und Wels. Zahlreiches Erscheinen aller Genossen erwartet

Sechster Wahlkreis.

Fünf öffentliche Wählerversammlungen Dienstag, also heute den 15. Januar, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen: Volkshilfswerk, Badstr. 16; Raabes Salon, Kolbergerstr. 23; Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42; Artus-Hof, Reichebergerstr. 26; Kronenbrauerei, Alt Moabit 47/49. Tagesordnung: Die Reichstagswahl.

Wählerversammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Die Versammlung, welche unsere Genossen am Sonntag nach dem Germania-Saal in der Chausseestraße einberufen hatten, bot daselbst ein lebhaftes Anteilnahme am Wahlkampf, welche schon in einer großen Zahl von Versammlungen in die Erscheinung getreten ist. Eine mehr als tausendköpfige Menge füllte den Saal bis in den äußersten Winkel und bei weitem nicht alle, die Einlass suchten, fanden Platz. Freisinn-fröhliche Kampfstimmung besetzte die Ränge der hier versammelten sozialdemokratischen Wähler nicht minder wie die zahlreich anwesenden proletarischen Frauen. Freisinn-fröhliche Kampfstimmung durchwehte auch den Vortrag des Genossen Ledebour, der unter rausendem Beifall der Zuhörer die Politik der Regierung scharf und treffend beleuchtete und aufforderte zum Kampfe für die Ziele der Sozialdemokratie, der einzigen Partei, welche für die Rechte des Volkes kämpft, der einzigen Partei, die entschlossen und bereit ist, die volksfeindlichen Pläne der Reaktion zu schanden zu machen. — Nach dem Referenten sprach eine Genossin. In beredten Worten forderte sie die proletarischen Frauen auf, wenn sie auch selber das

Wahlrecht nicht ausüben dürfen, doch ihre Kräfte in den Dienst der Sozialdemokratie zu stellen und ihr zum Siege zu verhelfen. Die Ausführungen der Rednerin fanden beifällige Aufnahme bei den Zuhörern. — Nun folgte ein Redner, der die Versammelten zwar als Genossen an sprach, sich dann aber als ein Gegner entpuppte, der an der Sozialdemokratie mit allerlei unklaren Redensarten herumrüttelte, ohne daß man von ihm erfahren konnte, welche Partei er eigentlich vertrat. — Nachdem Genosse Ledebour diesen Konfusionsrat mit einigen Worten abgefertigt hatte, trat ein Anarchist auf die Bühne, der in längerer Rede gegen den Parlamentarismus und gegen die Wahlbeteiligung sprach, wobei er es an feigen Verdächtigungen sozialdemokratischer Führer, die er jedoch nicht nennen konnte, nicht fehlen ließ. — Auch dieser Herr erhielt durch den Genossen Ledebour die gebührende Zurückweisung. Ferner führte Ledebour unter allgemeinem Beifall aus, daß die Anarchisten mit ihren Redensarten gegen die Wahlbeteiligung und den Parlamentarismus sich mit den argsten Reaktionen begegnen und wenn auch unbeabsichtigt, die Geschäfte der Reaktion besorgen. — Hierauf nahm die Versammlung einen Schlußantrag an und endete damit mit rausenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie.

Kreis Teltow.

Beig. Eine vorzüglich besuchte Wählerversammlung nahm am Sonntag ein Referat des Genossen Wollermann über: „Der Reichstagswahlkampf“ entgegen. Nach eingehender Behandlung der im Vordergrund des Wahlkampfes stehenden Kolonialpolitik und der von den Gegnern im Kreise betriebenen Wahlzweckheiten, schloß Redner, daß am 25. Januar kein anderer als Genosse Frey Zubeil gewählt werden könne. Der stürmische Beifall bewies, daß die Versammlung sich mit den Ausführungen einverstanden erklärte. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Niederig und Prenzlow im Sinne des Referats. Eingeleitet wurde die Versammlung durch ein stimmungsvolles Lied des Briger Arbeitergesangsvereins.

Lantow. Die am Sonntag, den 13. d. M., stattgefundenen öffentliche gutbesuchte Versammlung nahm mit Begeisterung die Ausführungen des Genossen Ost entgegen, welcher an Stelle des erkrankten Genossen Hirsch erschienen war. Von den Gegnern hört und sieht man am Orte bis jetzt gar nichts.

In Schwandow tagte am Sonntag, den 13. Januar, eine gut besuchte Versammlung in der „Palme“. Das Referat hatte an Stelle des erkrankten Genossen Dr. Bruno Worchardt der Stadtverordnete Genosse Groger-Hirsdorf übernommen, der für seine trefflichen Ausführungen stürmischen Beifall erntete. Heiterkeitsaloeu entsetzten verschiedene Stellen der kritisierten und arg zergaunten Reichsverbandsflugblätter, stürmische Zustimmung aber die Aufforderung, den altbewährten Vertreter Zubeil wiederanzuwählen. Gegner meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort. Für den Wahlverein waren einige Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Vor circa 700 Versammlungsbesuchern sprach am Sonntagabend Genosse Zubeil in Königs-Wusterhausen. Mit den letzten Vorgesängen im Reichstage beginnend, entwarf Redner ein anschauliches Bild von dem volksfeindlichen Treiben der Regierung und der reaktionären Parteien im Reichstage. Mehr Rechte dem persönlichen Regiment, mehr Rechte der militärischen Kommandogewalt, Niederhaltung der arbeitenden Bevölkerung, das sei das Ziel der Reaktion. Mit ängstlichem Spott führte der Referent den Anwesenden die Verbrüderung der Regierung mit dem Kaiserthum vor Augen, die in dem Selbstvertrauen des Kaisers ihren Ausdruck findet. In Bezug auf die Kandidaten des Freisinn und der Konservativen meinte Zubeil, die Sozialdemokratie kämpfe nicht gegen Personen, deshalb gehe er auch auf die schmutzigen persönlichen Beleidigungen, die die gegnerische Presse über ihn verbreitet, nicht ein. Der Freisinn fordere jetzt im preussischen Dreiklassenparlament das gleiche, geheime Wahlrecht, da, wo er vollständig ohnmächtig ist; in den Kommunen denke er gar nicht daran, diese Forderung zu verwirklichen. Nur um die Wählermassen irre zu führen, bringe er solche Anträge ein. Nachdem Redner die innere Politik der Regierung zergaunert und ihre Volksfeindlichkeit dargelegt hatte, schloß er unter lebhaftem Beifall mit dem Rufe: „Auf zum Kampf und zum Siege!“ Der Aufforderung des Vorlesenden Genossen Dietze an die anwesenden Gegner, sich zum Worte zu melden, kam niemand nach.

In Senzig fand am Sonntag eine von über 150 Personen besuchte öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Emil Lüdke über die bevorstehende Reichstagswahl referierte. — In seiner einhalbstündigen Rede beleuchtete er das Sündenregister der Regierung und bürgerlichen Parteien, besonders der Konservativen. Den Kolonialkrieg und den in der Silberstimmung abgefaßten Brief des Reichskanzlers v. Bülow und das in Deutschland sich immer mehr breit machende persönliche Regiment gliederte er treffend unter dem Beifall der Versammlung. Zum Schluß forderte der Vorlesende die Versammlung zu reger Mitarbeit für die Sozialdemokratie auf.

Nieder-Barnim.

In Wilhelmshagen nahmen unsere Genossen in einer von den Bürgerlichen einberufenen Wählerversammlung Veranlassung, die Tiraden des antisemitischen Döring zu widerlegen. Unsere Genossen waren in großer Anzahl erschienen. Da bisher in wichtigen kommunalen Angelegenheiten (Kathaus- und Schulstreit) Sozialdemokraten und Bürgerliche zusammengingen, so konnten die „Nationalen“ nicht die Blamage auf sich nehmen, den Genossen das Wort nicht zu geben. Es wurde auf Anfrage zunächst absolute Redefreiheit zugestanden, dann aber nach dem Referat des Herrn Döring dies Zugeständnis dahin beschränkt, daß der erste Redner der Genossen, den dieselben selbst bestimmen sollten, unbeschränkte Redezeit erhalten, alle anderen aber nur zehn Minuten sprechen sollten. Der „nationale“ Reichstagskandidat Bietzen ergriff zuerst das Wort; man hörte seiner Rede, die nirgends anreden wollte, deutlich an, daß es ihm schwer wurde, ein bestimmtes Programm zu entwickeln, was er auch offen ausdrückte. Die nationale Phrasologie bildete den Kitt, der alles zusammenhalten sollte. Wichtig war nur seine unter dem Zwange der Verhältnisse gegebene Zusage, daß er für das bestehende Reichstagswahlrecht sei. Der eigentliche Referent war der antisemitische Klopffechter Döring, welcher ein Gemisch von Mittelstandspolitik und nationaler Phrasologie, gewürzt mit Verdrehungen unseres Programms und grauenhaften Bildern aus dem Zukunftsstaat darbot. Es fehlte natürlich auch nicht an den bekannnten persönlichen Verunglimpfungen unserer Genossen Stadthagen. Ironische Zwischenrufe und Gelächter der anwesenden Sozialdemokraten waren die Quittung. Unser Genosse Kemnitz unternahm es in 1/2stündiger Erwiderung, die Ausführungen zu widerlegen. Den kolonialen Tiraden hielt er entgegen die wahren Ursachen des Heretokratismus, der verästelten Internationalität des Sozialismus und der Internationalität des Kapitals, und der durch nichts bewiesenen Anarchie der Zukunftsgesellschaft stände doch entgegen die Anarchie der kapitalistischen Gegenwart. Die Idee des Zukunftsstaates existierte nur in den Köpfen derer, die unsere Literatur nur aus dem Titel und nicht aus dem Inhalt kennen; denn der moderne Sozialist erkennt nur die natürliche Entwicklung an, die von selbst der Expropriation zutreibt. Eben deswegen sei auch die gepriesene Mittelstandspolitik ein Phanton, mit dem man das doch unrettbar dem Untergang entgegengehende Handwerkertum überleben wolle. Gegenüber der Versicherung Bietzens, er sei für das Reichstagswahlrecht, wies er darauf hin, daß bisher nach der Wahl stets eine Revision der Aufstellungen bei den Konservativen vorgenommen worden sei, und forderte die anwesenden kleinen Beamten, Lehrer und Kleinbürger auf, solchen Zusicherungen nicht zu trauen; nur die Sozialdemokratie sei die einzige Hüterin der Wahlrechte. Nachdem noch Genosse Kießling im gleichen Sinne ge-

sprochen hatte, öffnete dann natürlich in seinem Schlusssatz Herr Döring alle Klappen, um die Sozialdemokratie mit Jauche zu übersättigen. Die Genossen blieben bis kurz vor dem üblichen Kaiserhoch, beim Verlassen des Saales etwa ganze 60 nationale Wähler zurücklassend, unter denen gewiß noch mancher Unterbeamte war, der mit stillem Grimm infolge seiner Stellung bleiben mußte.

In Reinickendorf tagt heute wieder eine Versammlung der Liberalen, diesmal aber ausdrücklich eine Mitgliederversammlung. Nur von Mitgliedern eingeführte Gäste haben Zutritt. Die Herren scheuen den Besuch von Sozialdemokraten und deren Kritik, weshalb sie hinter verschlossenen Türen tagen. Die letzte Versammlung scheint ihnen den Mut, ihr Programm öffentlich zu enthüllen, vollständig genommen zu haben. Armer Freisinn, wie tief bist du gesunken!

Wahlbörse. In gut besuchter Volksversammlung referierte am Sonntagmorgen Genosse Konrad über die Reichstagswahl. Seine an den heutigen Zuständen geübte Kritik fand den lebhaftesten Beifall der Versammelten. Der Schluß seines Referats klang aus in die Aufforderung, mit aller Energie für einen glänzenden Sieg des Genossen Stadthagen Sorge zu tragen zu helfen. In der Diskussion sprachen noch die Genossen Schumacher, Küter und Weichau im Sinne des Referats. Die anwesenden Gegner schienen wenig Neigung zu haben, sich in einen öffentlichen Disput einzulassen; es schimpfte sich auch besser hinter verschlossenen Türen.

Reichstagsauflösung und bürgerliche Parteien lautete das Thema, über das Genosse Sonnburg in einer gut besuchten Wählerversammlung in Erkner im Degebrodtschen Lokal referierte. In 1 1/2stündigen Ausführungen nagelte Redner die Abenteuerpolitik der Regierung und bürgerlichen Parteien fest. An dem Verhalten des Freisinn übte er eine scharfe Kritik. Diesen Parteien müßte am 25. Januar vollständig der Garaus gemacht werden. Den Ausführungen wurde während und am Schluß lebhafter Beifall zu teil. Gegner meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort.

Eine gut besuchte Wählerversammlung fand am Sonntag im Brauhause bei Alt-Landsberg statt. Der Referent Genosse Jul. Hesse gliederte in seinen Ausführungen die Unfugigkeit der Regierungspolitik, die schließlich nur dahin führen kann, daß jeder denkende Wähler am Tage der Wahl seine Stimme für die Sozialdemokratie abgeben muß. In der Diskussion nahm ein Anarchist das Wort, welcher den Nugeverhältnissen standpunkt vertrat. Die nachfolgenden Redner sowie der Referent in seinem Schlusssatz vertraten den Standpunkt der Partei. Zum Schluß wurde noch einmal aufgefordert, sich rege an der Wahl zu beteiligen.

Druckfehler-Berichtigung. In der ersten Tabelle in dem Wahltableau für den Kreis Nieder-Barnim ist für das Jahr 1890 und 1893 in der Angabe des Stichwahlresultates die Ziffer für die Sozialdemokratie unter: Freisinn geraten. Der Freisinn fiel bei der Stichwahl aus, wie ja schon aus den Ziffern der Hauptwahl hervorgeht.

Partei-Angelegenheiten.

Die Lokalliste für Berlin und die Provinz Brandenburg ist neu herausgegeben. Bei der Wichtigkeit der Lokalfrage ist es die dringende Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, die Lokalliste streng zu beachten. Den Saalobkreislern und Verweigerungen gegenüber, die in Berlin teilweise verdeckt, in Orten der Provinz dagegen offen und in der schroffsten Form betrieben werden, bleibt uns kein anderes Mittel übrig, als die Lokalsperre. Diese überall dort, wo es nötig ist, durchzuführen, muß das Bestreben aller Parteigenossen sein.

Wir richten deshalb wieder an alle Parteigenossen, Gewerkschafter, Gesang- und sonstigen Vereine, deren Mitglieder aus organisierten Arbeitern bestehen, das dringende Ersuchen, bei allen Vergnügungen und sonstigen Arrangements sich ausschließlich nach der neuen Lokalliste zu richten. Des weiteren empfehlen wir, daß in den Verträgen eine Klausel aufgenommen wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal für Arbeiterversammlungen später verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert. Vorkommnisse der letzten Zeit lassen eine derartige Bedingung dringend rathsam erscheinen. Es ist außerdem notwendig, daß sich die Vereine usw. bei Arrangierung irgend welcher Ausflüge, Partien usw. mit ihren Anträgen recht frühzeitig an die Kommission wenden, damit ihnen unliebsame Vorkommnisse bei ihren Vergnügungen nach Möglichkeit erspart bleiben.

Ganz besonders weisen wir darauf hin, daß alle nicht in der Liste als frei bezeichneten Lokale gesperrt sind, eine Spezies sogenannter neutraler Lokale kann es nicht geben.

Desgleichen ist es Pflicht der Vorstände und Komitees, dafür zu sorgen, daß das zu ihren Vergnügungen und sonstigen Veranstaltungen notwendige Bedienungspersonal vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirthe geholfen (Ortsverwaltung Berlin), Dirschstr. 39 I, Telephon Amt III, 1813, bezogen wird.

Parteigenossen! Der Kampf um Versammlungsfälle ist auch ein Kampf um das Versammlungsrecht. Tut ein jeder seine Pflicht, so wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Reim auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehender Arbeiter darf ein gesperrtes Lokal besuchen. Weherzige ein jeder die Mahnung:

Beachtet die Lokalliste!

Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis.

Den Parteigenossen des ersten Kreises und den Hilfskräften aus dem sechsten Kreise, soweit dieselben bei Steinhauff, Dorotheenstr. 31, mitzuarbeiten bestimmt sind, werden ersucht, sich am Dienstag, abends 7 Uhr, zur Handzettelverbreitung im oben genannten Lokal pünktlich einzufinden.

Zweiter Wahlkreis. Die Bezirksführer und Stellvertreter des Kreises werden ersucht, am Donnerstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Gabel, Bergmannstr. 5/7, zu erscheinen. Der Vorstand.

Charlottenburg. Die Parteigenossen werden ersucht, zur Referierung der Hauslisten sich in folgenden Lokalen einzufinden: 1. Bezirk Meydorf, Potsdamerstraße 44, 2a Bade, Rehringstraße 23, 2b Erhardt, Knobelsdorffstr. 60, 2c Müller, Ranjitz. 93, 3a Müller, Rosinenstr. 3, 3b Krull, Osnabderkerstr. 30, 3c Feldmann, Reichlinstraße 6, 4a Dörre, Wallstr. 90, 4b Wäpfe, Kaiser Friedrichstraße 91, 5. Vortsch, Selenheimerstr. 11, 6. Meriens, Krummeierstr. 43, 7. Grausunder, Wielandstr. 4, 8. Czampowski, Alchstr. 15.

Diese Arbeit, verbunden mit der Handzettelverbreitung, sollte bereits am Sonntag früh 8 Uhr geschehen; durch ein Versehen ist die Notiz leider nicht in die Sonntagsummer des „Vorwärts“ gekommen, weshalb eine Anzahl Genossen ihrer Pflicht nicht genügen konnten. Am Donnerstagabend 7 1/2 Uhr findet Flugblattverbreitung statt.

Das Wahlbureau befindet sich bei Emil Müller, Rosinenstraße 8 (Amt Charlottenburg Nr. 6366). Die Genossen werden aufgefordert, sich zahlreich zur Verfügung zu stellen.

Das Wahlkomitee.

**Schöneberg.** Heute Dienstag finden drei Volksversammlungen statt. Frauen und Männer, laßt es Euch nicht nehmen, diesen Versammlungen beizuwohnen. Nur noch eine kurze Zeit trennt uns von den Wahlen und diese muß nach Möglichkeit für die Agitation ausgenutzt werden. (Siehe Annonce.) Das Wahlkomitee.

**Steglitz.** Mittwoch abend 7 Uhr in sämtlichen Bezirken Flugblattverteilung. Donnerstag, den 17. Januar 8 Uhr zwei Versammlungen im Virlenwäldchen und im Restaurant Schellhase. An beiden Abenden erwarten wir rege Beteiligung der Genossen.

**Treptow - Baumfchulenweg.** Heute abend 8 Uhr finden zwei öffentliche Versammlungen statt: für Treptow im Lokale des Herrn Bernick (Madrennbahn); für Baumfchulenweg im Lokale des Herrn J. Babang (Speers Festhalle).

Es ist unbedingt notwendig, daß die Parteigenossen mit ihren Frauen recht zahlreich in diesen Versammlungen erscheinen. Das Wahlkomitee.

**Lichtenberg.** Auf die heute im Schwarzen Adler, Frankfurter Chaussee 5, um 8 1/2 Uhr stattfindende öffentliche Versammlung machen wir nochmals aufmerksam. Wir erwarten guten Besuch. Das Wahlkomitee.

**Mariendorf-Mariensfeld.** Die Genossen werden ersucht, sich am Donnerstagabend 8 Uhr zahlreich in den Bezirkslokale einzufinden.

**Weißensee.** Mittwoch: Wählerversammlung im Vereinslokal. Genosse Klotz referiert über die bevorstehende Reichstagswahl. — Ein Extrazahlabend für sämtliche Bezirke findet am 18. Januar statt, die Vorstandssitzung dagegen am 17. Januar.

**Karow.** Heute findet im Lokale von Weickhoff die erste Versammlung statt. Es werden daher die Genossen von Karow und den umliegenden Ortsteilen ersucht, zahlreich zu erscheinen.

**Pantow.** Heute, Dienstag abend 8 Uhr finden im „Gesellschaftshaus“, Kreuzstr. 8/4, und im „Paradiesgarten“, Kaiser Friedrichstraße 12, zwei öffentliche Wählerversammlungen statt. Die Genossen Seydold und Stübe referieren über: „Das Volksgericht am 25. Januar“. Diskussion. Zahlreichen Besuch, auch der Frauen, erwartet. Das Wahlkomitee.

**Nieder-Schönhausen.** Eine öffentliche Wählerversammlung findet am 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“ (Mitt), Platanenburgerstraße, statt. Der sozialdemokratische Kandidat des Nieder-Barnimer Kreises, Genosse Artur Stadthagen spricht über: „Die bevorstehende Reichstagswahl“. Sämtliche Wähler Nieder-Schönhausens sind zu dieser Versammlung eingeladen. Parteigenossen! Agitiert unermüdet dafür, daß das Lokal bis auf den letzten Platz gefüllt ist!

**Wilhelmsruh-Nordend.** Achtung! Extrazahlabende finden statt: für Wilhelmsruh am Dienstag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr bei Barth, Viktoriastraße 7. Für Nordend: Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr bei Krieg, Kasparianallee. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

**Bernau.** Am Donnerstag, den 17. Januar cr., findet abends 8 1/2 Uhr in Bernau im Elysium eine Volksversammlung statt, in der Genosse Stadthagen das Referat übernommen hat. Zahlreichen Besuch erwartet. Das Wahlkomitee.

**Zegel.** Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei dem Genossen Götz, Schloßstraße 7/8 statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Klotz über: „Die Reichstagswahl“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Am zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

## Berliner Nachrichten.

### Unsere freisinnigen Byzantiner

sind wieder einmal aus dem Häuschen. Die Antwort des Kaisers auf die Neujahrsadresse der „Euer Kaiserlichen und Königl. Majestät trenn gehorfanste Stadterordnete zu Berlin“ hat es ihnen angetan. Der Ton der Antwort soll viel wärmer und herzlicher als früher sein und die „Vossische Zeitung“ findet sogar aus dieser Antwort einen Umschwung der Anschauungen des Kaisers über die Stadt Berlin heraus. Wie lautet nun eigentlich die Antwort, die unsere freisinnigen so sehr in Verzückung geraten läßt? Hier ist sie:

„Ich habe mich über die freundlichen Glückwünsche, mit denen mich die Stadtverordneten meiner Haupt- und Residenzstadt zum Jahreswechsel begrüßt haben, gefreut und spreche Ihnen für diese Aufmerksamkeit meinen Dank aus. Zugleich benutze ich gern die Gelegenheit, der Hauptstadt des Deutschen Reiches und ihrer treuen Bürgerschaft ein reiches, gesegnetes neues Jahr zu wünschen und meinem lebhaften Interesse an dem ferneren Wohlergehen Berlins Ausdruck zu geben.“

Berlin, den 8. Januar 1907. Wilhelm K.

In ihrer Freude, daß den Inrentwegen die kaiserliche Gnadenfonne vielleicht scheitern könnte, verbreitet die „Vossische Zeitung“ sogar einen Leitartikel, in welchem sie sagt:

„Die Antwort des Kaisers auf den Glückwunsch der Stadtverordneten zum Jahreswechsel ist in einem so warmen und herzlichen Ton gehalten, wie ihn die Vertreter der Bürgerschaft seit langen Jahren nicht gewöhnt waren. An diesen Ton war die Gemeindeverwaltung und zumal die Stadtverordnetenversammlung nicht mehr gewöhnt. Sie hat sowohl vom Hof wie vom Staat gelegentlich eine Behandlung erfahren, die auf nichts weniger als freundliche Gefühle für das „rote Haus“ und den Wasserlopf der Monarchie“ schließen ließ. Die städtischen Behörden hatten es sehr gut gemeint, als sie dem Kaiser den Vegas-Bannern widmeten. Aber sie fanden einen ungnädigen Empfang, und der Oberbürgermeister mußte die Urkunde, die er dem Herrscher überreichen wollte, auf einem Sessel zurücklassen. Auch später kam es vor, daß der Kaiser einem Oberhaupt der Stadt Berlin unwillig den Rücken kehrte. Ueber die Gegensätze zwischen Hof und Stadt konnte eine ganze Anzahl Flugblätter und Zeitungsaufsätze erscheinen, über unbestätigte Bürgermeister, Märgenbrunnen, Friedhofsportal, über das Hofmeisterschreiben des Herrn v. Mirbach und dergleichen Dinge mehr. Das ist allgemach anders geworden, und das deutlichste Zeichen dieses Wandels ist die neueste Kundgebung des Kaisers. Daß sich ein solcher Wandel anbahnt, hat man freilich schon seit einiger Zeit bemerkt können, insbesondere bei der Besichtigung des Bismarck-Krankenhauses. Mehr und mehr hat der Kaiser vor den Leistungen der Selbstverwaltung Respekt gewonnen. Er hat daraus auch kein Hehl gemacht. Als einst die Ausstellungsjury dem Stadtbaurat Ludwig Hoffmann die große goldene Medaille zusprach, lehnte der Kaiser diesen Vorschlag ab und gewährte ihm nur die kleine Medaille. Neuerdings dagegen, als die staatliche Bureaualte dem genialen Architekten einen kleinen Orden verlieh, verbesserte ihr der Kaiser das Konzept, indem er einen höheren Titel hinzufügte. Der Herrscher sorgte in persönlicher Unterhaltung mit Anerkennung und Lob für die Gemeindeverwaltung nicht. Die ehedem von einflussreichen Ratgebern künstlich erzeugte und genährte Stimmung gegen die fortschrittlichen „Republikaner“ hatte allgemach nachgelassen, wie der Erkenntnis der Nützlichkeit, die das freisinnige Bürgertum in der Wahrnehmung der städtischen Interessen an den Tag legte. Es ist zu hoffen, daß dieser Wechsel der Anschauungen auch auf die Haltung der Staatsverwaltung zu der Selbstverwaltung seine Wirkung nicht verfehlt.“

Man muß schon freisinnig sein und bei jeder Gelegenheit mit seinem „Männerstolz vor Königsthronen“ prunken, um bei einem laienlichen Ausdrucks sofort in Verzückung zu geraten. Wenn die nächste Antwort etwas ähnlicher ausfallen sollte, werden die Freisinnigen wieder Klageklagen anstimmen. Und das nennt sich dann „das kraftvolle Bürgertum“!

**Empfindliche Verkehrsbeschränkungen** macht die Auswechslung der Weisbrücken der Potsdamer Fernstraße am Schöneberger Ufer (Plottowstraße) und in der Königin Augustastrasse erforderlich. Auf der einen Seite bleibt für den Fahrverkehr nur der Raum der beiden Straßenbahngleise übrig, während die Fußgänger sich durch einen zwischen den Baugerüsten freigelassenen Spalt von kaum zwei Metern hindurchzwängen müssen. Noch schlimmer ist es in der Königin Augustastrasse bestellt; hier lassen die Gerüste nur eine drei Meter breite Durchfahrt mitten auf dem Straßendamm offen, auf welche auch der Fußgängerverkehr angewiesen ist. Wenige Schritte davon, an der Köthenerstraße (Hafenplatz) öffnen sich die Abgründe der Kanalisationsgruben, in denen drei fast zwei Meter hohe Kanäle des Anschlusses harrten. Die Arbeiten werden noch wochenlang dauern, vorläufig ist eine Umleitung hergestellt, welche die Inbetriebnahme des Hauptkanals (Zinkstraße) und somit die Außerbetriebsetzung des am Köthener-Hotel liegenden alten Kanals ermöglichte, der jenseit der Baugrube der Interplasterbahn überfahren wurde. Da die genannten Straßen von Lastwagen, die nach dem Potsdamer bzw. Anhalter Güterbahnhof müssen, stark benutzt werden, so wäre es wünschenswert, daß Fuhrwerke, die auf diese Wege nicht direkt angewiesen sind, jene Straßen kurzzeitig meiden würden.

Nur durch Erschließung neuer Steuerquellen sollen die Mehrausgaben gedeckt werden können, die durch die Gehaltsausbesserungen für Lehrer sowie durch die beabsichtigte Lohnerhöhungen für Arbeiter, Handwerker usw. in die Staatskasse einfließen werden. Es wird die Nachricht verbreitet, daß die Gesamthöhe der Mehrausgaben zwar noch nicht ganz feststehe, man aber annehme, daß sie zwei Millionen übersteige.

Wir wissen nicht, ob mit der Verbreitung dieser Nachricht vor den Lohnerhöhungen und Gehaltszulagen bange gemacht werden soll. Es handelt sich hier um eine Maßnahme, die schon längst als dringend notwendig erachtet worden ist und soweit die städtischen Arbeiter dabei in Frage kommen, ist man verhältnismäßig sogar sehr knauserig gewesen.

Sollte es sich wirklich notwendig erweisen, neue Einnahmen zu schaffen, so werden sich auch Mittel und Wege finden. Dieser Einwand kann aber kein Grund sein, wirklich notwendige Ausgaben einzuschränken.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner trat am Montag die städtische Kommission zur Beratung der Tarife der Automobil-Omnibusse im Rathaus zusammen. Die Mitglieder — Stadtbaurat Krause, Stadtrat Alberti, die Stadtverordneten Geh. Baurat Kallmann, Jacobi, sowie der Magistratsrat Dr. Hamburger und Stadtelektiker Dr. Kallmann — hörten zunächst die Vorträge des Syndikus Dr. Springer von der Firma S. Weichroder und der erschienenen drei Direktoren der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft über die Verkehrsverhältnisse in Berlin unter besonderer Berücksichtigung der durch den Automobilverkehr geschaffenen Lage. An die Vorträge schloß sich eine Besprechung über die Notwendigkeit der Erhöhung der Tarife. Beschlossen wurden nicht gefaßt. Auf Veranlassung des königlichen Polizeipräsidiums sollen nun kommissarische Verhandlungen mit dem Präsidium über diese Frage stattfinden.

Von einem Zuge überfahren und getötet wurde die Drehscheiblerin Burck aus der Wilhelmstraße in Ort. Frau W., die unter dem Namen „Votchen“ weit und breit bekannt war, hatte beim Passieren der Mariendorfer Chaussee infolge ihrer Schwerhörigkeit das Herannahen eines Zuges der Nordost-Mittelländer Bahn nicht bemerkt und geriet mit dem Drehscheibler unter die Lokomotive. Die Kermise wurde entsehrlich zugerichtet und starb kurz darauf. Vor etwa zwei Jahren fand der Ehemann der W. gleichfalls den Tod durch Ueberfahren.

Große Aufregung rief in der vergangenen Nacht der Selbstmord einer Lebensmilde an der Potsdamer Brücke hervor. Eine unbekannt, etwa 25 jährige Frauensperson hatte durch ihr sonderbares Benehmen die allgemeine Aufmerksamkeit der Passanten auf sich gelenkt. Plötzlich schwang sie sich über das Brückengeländer und sprang mit einem Ausruf in den Landwehrkanal hinab. Es wurde sofort der Rettungslahn strot gemacht und es gelang auch, die Selbstmörderin aus dem Wasser zu ziehen. Auf dem Transport nach dem Elisabeth-Krankenhaus starb sie jedoch. Die Unbekannte hat blondes Haar und war mit weißpunktierten Bluse, schwarzem Rock, Luchschuhen, grünem Umhang mit weißem Pelzbesatz und blauem Unterrock bekleidet. In der Tasche wurde eine Visitenkarte mit der Adresse Marie Klingmann, Friedenau, Schmargendorferstr. 17, gefunden.

Ein Automobil gestohlen. Ein dreifaches Diebstahl ist in der Nacht zum Sonntag in der Königsgräberstraße ausgeführt worden. Vor dem Hause Königsgräberstr. 23 hatte das dem Kaufmann Albert Behne, Kasparianallee 68 gehörige Automobil gestohlen. Als sich der Chauffeur für einen kurzen Augenblick von dem Kraftwagen entfernt hatte, sprang plötzlich ein unbekannter Mensch auf den Lenker, legte das Automobil in Bewegung und fuhr in rasendem Tempo davon. In diesem Augenblick lehnte der Chauffeur zurück, doch blieb eine Verfolgung des dahineilenden Automobils resultatlos. Der Kraftwagen repräsentiert einen Wert von 6000 Mark. Er trägt das Erkennungszeichen A. 3364, ist grau gestrichen und ohne Seitensitze.

Nach Unterschlagung von 4185,61 M. flüchtig geworden ist der Kontorist Paul Hain, Wullenweberstraße 6. Der junge Mann war im Bureau des Fiskus Busch angestellt und genöß dort großes Vertrauen.

Zwei Diebstähle von Fernsprechdrähten sind jetzt wieder entdeckt worden. Der eine stammt schon aus der Nacht vom 29. zum 30. Dezember v. J. Es wurden damals zwischen den Stangen 82 und 88 in der Udermarkstraße in Pantow die Drähte von vier Fernsprechverbindungs- und drei Anschlußleitungen durchschnitten und gestohlen sowie zwischen den Stangen 31 und 32 von vier Fernsprechverbindungs- und sechs Anschlußleitungen durchschnitten. Das Gewicht beträgt 18 Kilogramm, der Wert rund 33 M. Am 11. Januar 8 1/2 Uhr abends sind in der Nießholzstraße zwischen den Stangen 14 und 15 die Drähte von acht Fernsprechverbindungs- und 14 Anschlußleitungen sowie zwischen den Stangen 15 und 16 von acht Fernsprechverbindungs- und sieben Anschlußleitungen durchschnitten, aber nicht gestohlen worden, weil die herbeigeleiteten Gendarmen die Diebe verschont haben. Für die Ermittlung der Täter ist in beiden Fällen eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

Wer arbeiten will, findet immer Arbeit. Diese alte Lebensart des fatten Spießbürgers wird wieder durch folgende trodene Lokal-meldungen trefflich charakterisiert: Durch Not und Elend ist der 51 jährige Arbeiter Wilhelm Reinicke aus der Stolpischstr. 35 in den Tod getrieben worden. Er war in Arbeitslosigkeit geraten und gezwungen worden, Schulden zu machen. Vergeblich bemühte er sich, wieder in geordnete pekuniäre Verhältnisse zu kommen und allmählich wurde er hierüber äußerst nervös. Western erhängte sich der Unglückliche in der Wohnung seines verheirateten Sohnes an seinem Halsstuch.

Ebenfalls ein Opfer der Arbeitslosigkeit wurde der 19 jährige Arbeiter Albert Rogewoll, Koloniestr. 129. Er war in Streik gewesen, um dort Beschäftigung zu suchen, aber alle seine Bemühungen blieben fruchtlos. Vor acht Tagen kam er nach Berlin, um hier sein Glück zu versuchen. Aber überall klopfte er vergeblich um Arbeit an. In der Verzweiflung vergiftete sich der Bedauernswerte mit Petroleum. Er trank das Wasser einer Petroleumlampe aus und wurde in bedenklichem Zustande in das Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Wie sagte doch der Kaiser am 5. Dezember 1902 zu der Arbeiterdeputation in Weeslau: „Durch die herrliche Volksgast des großen Kaisers Wilhelm I. eingeleitet, ist von mir die soziale Gesetzgebung weitergeführt, durch die für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung geschaffen worden bis ins Alter hinein.“

Als Motiv des Selbstmordes des siebzehnjährigen Schlosserlehrlings R. Dellus, den wir in unserer Freitagsummer meldeten, war zunächst der Mißhandlungen durch die Stiefmutter angegeben. Wie uns der Vater des Verstorbenen mitteilt, habe hierzu keine Veranlassung vorgelegen.

Egotische Gäste in Berlin. Oft genug stoßen exzentrisch gekleidete egotische Reisende, auch wenn sie über noch so viel Kramon verfügen, bei der Suche nach einem Logis auf Widerstand. So erging es gestern einem reichen angehenden Griechen namens Raymond Duncan, der von einer Reise nach Kalifornien in Berlin eingetroffen war und hier mit Frau, Kind und Diener ein Logis suchte. Der offenbar einer Elite angehörige sonderbare Reisende trug sich nicht wie gewöhnliche Sterbliche, sondern wie ein Naturbursche a la Regel. Er hatte ein sogenanntes Normalhemd an und trug als Lieberwurf einen regelrechten weichen Bademantel und Sandalen; ein ähnliches Kostüm hatten die Gattin und der Diener angelegt. Das Kind trug weiter nichts als ein wollenes Triko. Kopfbedeckung hatte niemand. In diesem Zustand konnte das Quartett, trotzdem es schweres Geld anbot, lange kein Hotel finden, das es wagte, die exotischen Herrschaften bei sich zu beherbergen. Erst nach mehrstündigem Umherirren landete die Gesellschaft in einem Hotel am Potsdamerplatz.

In der Volksversammlung, die am 10. Januar in den Perolina-Sälen tagte, ist ein Vincenz gefunden worden. Dasselbe kam vom Verleiter bei Frau Panzeram, Pappel-Allee 76, abgeholt werden.

Im Hörsaal der Urania in der Taubensstraße beginnt Herr Dr. Donath am Dienstag um 6 Uhr eine Reihe zusammenhängender Experimentalvorlesungen über das gesamte Gebiet der elementaren Physik, und zwar soll das erste Quartal umfassen: Mechanik und Wellenlehre. Kenntnis der elementaren Mathematik ist erforderlich. — Am Mittwoch beginnt Herr Dr. v. Unruh einen Zyklus von acht gemeinverständlichen Vorträgen über die Chemie der Metalle mit dem Vortrage „Die Alkalimetalle“. Abonnementkarten für diese Vortragsreihe sind an der Kasse der Urania erhältlich.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 16. Januar, 7 1/2—8 1/2 Uhr, veranstaltet der kgl. Musikdirektor Fernh. Jürgens in der Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fel. Ulla Danewitz (Sopran), Herrn Alfred v. Joffard (Tenor) und Frau Bianca Weder-Samolewka (Violine). Orgelkompositionen von Bach, Voss und Dago. Der Eintritt ist frei!

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht um 2 Uhr brante in der Friedrichstr. 87 das Dach eines provisorischen Lokomobilschuppens, ein Schornstein u. a., und etwas früher kam in der Friedrichstr. 128 in einem Kinematographen Feuer aus. Ein Film hatte sich entzündet. Die Flammen konnten bald gelöscht werden. Das anwesende Publikum blieb ruhig. Ferner hatte die Feuerwehr auf der alten Brandstelle Albrechtstr. 13, Ecke Schiffbauerdamm, zu tun. Dort drohten Balken, die der Sturm gelodert hatte, herabzufallen. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr. Weihnachtsbäume u. a. Brannten gestern in der Reichenbergerstr. 63 und anderen Stellen. Wohnungsbrände machten in der Glöcknerstr. 82, Brunnstr. 99, Joffenerstr. 31, Wörtherstr. 3 usw. gelöscht werden. Kellerbrände wurden auf der Glöcknerstraße, Siemensstr. 11, Schönhauser Allee 4 und anderen Stellen gemeldet. Außerdem hatte die Wehr noch in der Göttingerstraße 66 I, Wasserlopfstr. 37, Jorsterstr. 38, Voigtstr. 11, Koloniestr. 148, Greifswalderstr. 13 und verschiedenen anderen Stellen zu löschen.

Die 1. Kompanie der Feuerwehr wurde gestern mittag wegen eines Kellerbrandes nach der Chorinerstraße 6 gerufen, wo bei Abwesenheit der Eltern in der Wohnung des Arbeiters Wandra Feuer ausgekommen war und drei Knaben im Alter von 6 Wochen bis 7 Jahren in großer Lebensgefahr schwebten. Als die Wehr dort ankam, hatte der Tischler Gustav Adolf aus der Stargarderstraße 28, ein noch junger Mann, mit großer Geistesgegenwart die drei Kinder aus der vollständig verqualmten Wohnung in Sicherheit gebracht. Das jüngste Kind, das eine Rauchvergiftung erlitten hatte, mußte noch der Charité gebracht werden. Die Flammen konnten, obgleich sie schon Möbel, Türen, Kleider, Schals, etc. ergriffen hatten, bald gelöscht werden. Nachmittags kam in Stralau auf dem Grundstück von Kengert ein großer Brand aus. Teer brannte dort unter gewaltiger Qualmentwicklung. Der von Berlin nach Stralau entsandte Löschzug Nr. 7 hatte längere Zeit zu tun, um die Flammen zu löschen.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

Ein Zusammenstoß einer Automobilkrochle mit einem Straßenbahnwagen ereignete sich gestern nachmittag gegen 2 Uhr an der Ecke der Brunnenwald- und Eisenacherstraße. Die Automobilkrochle Nr. 7618 versuchte dortselbst unmittelbar vor dem herannahenden Straßenbahnwagen Nr. 15 der Linie B der Westlichen Berliner Vorortbahn (Richtung Lankstraße) das Gleis zu kreuzen und stieß dabei gegen die rechte Vorderperone des Bahnwagens. Durch den Zusammenstoß wurde an dem letzteren ein Treibrad abgerissen und der Sicherungskasten beschädigt, an dem Automobil wurden zwei Scheiben zertrümmert. Durch den Anprall wurde der Passagier der Automobilkrochle, Herr Kabenstein, Halensee, Joachim Friedrichstr. 5 wohnhaft, mit dem Kopfe gegen die Coupéwand geschleudert und erlitt eine leichte Gehirnerschütterung. Der Verunglückte, der außerdem durch umherfliegende Glasplitter Verletzungen im Gesicht davongetragen hatte, wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus übergeführt.

### Lichtenberg.

Die Neuwahlen zur Gemeindevertretung finden im März statt. Es sei deshalb jedermann darauf aufmerksam gemacht, Einricht in die Wählerlisten zu nehmen. Dieselben liegen aus vom 15. bis einschließl. 30. Januar wochentags von 8—3 Uhr, an den Sonntagen von 9—12 Uhr im großen Sitzungssaale des Rathhauses. Wer nicht in der Liste steht, geht seines Wahlrechts verlustig.

### Ober-Schöneweide.

In der letzten Zeit sind mehreren Einwohnern, deren Angehörige auf dem Gemeindefriedhofe beerdigt sind, von der Gemeindebehörde Aufforderungen zugegangen, die in schlechtem Zustande befindlichen Gräber entweder selbst oder durch den Friedhofswärter in einen besseren Zustand zu bringen. An und für sich ist das Bestreben, dem Friedhofe ein möglichst gutes Aussehen zu geben, ein sehr lobliches. Andererseits steht aber fest, daß den meisten der Beteiligten für eine sachgemäße Grabpflege Geld und Zeit fehlt. Bei den Feuerungsverhältnissen reicht der knappe Verdienst noch nicht einmal zum notwendigen Lebensunterhalt. Wenn die Gemeindebehörde beabsichtigt, durch den Friedhofswärter auf Kosten der Angehörigen die Herstellung bewirken zu lassen, so ist sie nach der Friedhofordnung hierzu nicht berechtigt. Im Gegenteil kam in einer der letzten Sitzungen der Gemeindevertretung der Gedanke zum Ausdruck, in die neue Friedhofordnung — welche noch eines Beschlusses bedarf — die Bestimmung aufzunehmen, daß in allen Fällen, wo die Angehörigen die Grabpflege nicht betreiben, die Grabstellen geerntet und mit Rasen besät werden sollen, — auf Gemeindefosten. Bedeutet also die etwas unklar in dieser Beziehung gehaltene Aufforderung eine diesbezügliche Anfrage, so wäre nichts einzutreten. Wird aber damit eine Kostenheranziehung bezweckt, ist dies abzulehnen.

### Mariendorf.

Die Nichtbeteiligung der Wahl unseres Genossen Reichardt als Gemeindeverordneter wird wahrscheinlich eine Neuwahl notwendig machen. Es seien deshalb die Genossen und Arbeiter darauf hingewiesen, daß sie die Wählerlisten, die vom 15. bis zum 30. Januar im Gemeindebureau ausliegen, einsehen müssen. Wer verhindert ist, die Liste einzusehen, melde sich bei den Genossen Herrn Lehmann, Bergstr. 20, und Herrn Reichardt, Chausseestr. 16, die die Listen einsehen.

Neue Mühle.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich beim Abriß des historischen Mühlengebäudes.

Besten.

Eine schwere Brandkatastrophe ereignete sich in der Nacht zum Sonntag in der bekannten Baerleichen Ofenfabrik.

Zegel.

Ein Baumfall ereignete sich gestern beim Neubau der Firma Velter u. Schneevogel.

Gerichts-Zeitung.

§ 130 des Strafgesetzbuches.

Am 21. Januar d. J. dem Tage, an welchem die sozialdemokratische Partei in den verschiedenen Orten Preussens Wahlrechtsdemonstrationen veranstaltete.

Das Reichsgericht hat in dem Urteil vom 12. Januar d. J. die Revision abgelehnt.

Die „elektrische Ohrenbrille“ des vielgenannten „Professors“ Keith-Harvey.

Die „elektrische Ohrenbrille“ des vielgenannten „Professors“ Keith-Harvey in London.

Die „elektrische Ohrenbrille“ des vielgenannten „Professors“ Keith-Harvey.

Buchhändler Spohr. Vom Landgericht Leipzig ist Emden zu 100, Spohr zu 20 M. verurteilt.

Cartes Urteil wegen einer unbedachten Aeußerung.

Am 7. d. M. hat die Strafkammer des Königl. Landgerichts zu Schneidemühl den Arbeiter Emil Prange aus Berlin auf Grund einer unbedachten Aeußerung wegen Gotteslästerung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Diese Strafe wegen Gotteslästerung, die in einer grobkörnigen Redewendung erblickt ist, ist eine außerordentlich hohe.

Vermischtes.

Die Zahl der Opfer der Brandkatastrophe in Weissholheim beläuft sich nunmehr, nachdem das schwerverletzte Mädchen seinen Wunden erlegen ist, auf 22.

Ein furchtbarer Straßenaunfall ereignete sich in Saint-Etienne. Ein Wagen der elektrischen Straßenbahn mit dreißig Fahrgästen entgleiste an einer Weiche.

Ueber einen Raubfall auf der Eisenbahn wird aus Chambéry (Departement Savoie) gemeldet: In dem von Turin gestern nacht dort eingetroffenen Expresszug wurde eine dreißigjährige Engländerin namens Suzanne Lome, die sich auf der Reise nach Paris befand, durch Hammerschläge verletzt und ihrer Habe beraubt aufgefunden.

Orkanartige Stürme haben am Sonntag auch im Auslande geherrscht und teilweise großen Schaden angerichtet.

Eine große Feuersbrunst zerstörte nach einer Londoner Meldung in Glasgow vorübergehends Nacht einen ganzen Häuserkomplex.

Eingekürzt ist die Kirche in Beggia Abate bei Palermo während des Gottesdienstes. 40 Andächtige wurden unter den Trümmern begraben.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Jülichau-Zwieschens-Groschen-Zommerfeld.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 15. Heft des 25. Jahrganges erschienen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion.

2,50-3,00. Zehnerer Rüben per 100 Pfd. 8-10. Weiße Rüben, große 2-2,50, kleine 6-8.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treibe (Handelskassette Kellertreibe, Turmzugang aus Lindenstr. 101), nachmittags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Dr. H. 21. 10. 92. Die Wirkung roten Glases beruht darauf, daß solches Glas rotes Licht hindurchläßt, anderes dagegen absorbiert (verschluckt).

Witterungsüberblick vom 11. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke. Lists stations like Stinnes, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 15. Januar 1907. Vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern.

2. Berliner Reichstagswahlkreis. Todes-Anzeige. Franz Geigulat. Am 12. Januar verstarb unser Mitglied, der Wähler Franz Geigulat.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Franz Geigulat. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Franz Geigulat am 12. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Reinhold Neumann. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Reinhold Neumann am 12. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ernst Genschow. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Ernst Genschow am 11. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Wilhelm Tausendfreund. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Wilhelm Tausendfreund am 11. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ernst Genschow. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Ernst Genschow am 11. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ernst Genschow. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Ernst Genschow am 11. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ernst Genschow. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Ernst Genschow am 11. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ernst Genschow. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Ernst Genschow am 11. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ernst Genschow. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Ernst Genschow am 11. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ernst Genschow. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Ernst Genschow am 11. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ernst Genschow. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Ernst Genschow am 11. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ernst Genschow. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Ernst Genschow am 11. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ernst Genschow. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Ernst Genschow am 11. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ernst Genschow. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Ernst Genschow am 11. Januar verstorben ist.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ernst Genschow. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Wähler Ernst Genschow am 11. Januar verstorben ist.

Verein Berliner Hausdiener. Mitgliedschaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Verein Berliner Hausdiener. Todes-Anzeige. Paul Granzin. Am 12. Januar verstarb unser Mitglied, der Hausdiener Paul Granzin.

Verein Berliner Hausdiener. Todes-Anzeige. Robert Radowski. Am 12. Januar verstarb unser Mitglied, der Hausdiener Robert Radowski.

Verein Berliner Hausdiener. Todes-Anzeige. Robert Radowski. Am 12. Januar verstarb unser Mitglied, der Hausdiener Robert Radowski.

Verein Berliner Hausdiener. Todes-Anzeige. Robert Radowski. Am 12. Januar verstarb unser Mitglied, der Hausdiener Robert Radowski.

Verein Berliner Hausdiener. Todes-Anzeige. Robert Radowski. Am 12. Januar verstarb unser Mitglied, der Hausdiener Robert Radowski.

Verein Berliner Hausdiener. Todes-Anzeige. Robert Radowski. Am 12. Januar verstarb unser Mitglied, der Hausdiener Robert Radowski.

Verein Berliner Hausdiener. Todes-Anzeige. Robert Radowski. Am 12. Januar verstarb unser Mitglied, der Hausdiener Robert Radowski.

Verein Berliner Hausdiener. Todes-Anzeige. Robert Radowski. Am 12. Januar verstarb unser Mitglied, der Hausdiener Robert Radowski.

Verein Berliner Hausdiener. Todes-Anzeige. Robert Radowski. Am 12. Januar verstarb unser Mitglied, der Hausdiener Robert Radowski.

Verein Berliner Hausdiener. Todes-Anzeige. Robert Radowski. Am 12. Januar verstarb unser Mitglied, der Hausdiener Robert Radowski.

Verein Berliner Hausdiener. Todes-Anzeige. Robert Radowski. Am 12. Januar verstarb unser Mitglied, der Hausdiener Robert Radowski.





